



## Protokoll

### 13. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 19. Februar 2004

09.00 – 13.20 Uhr

**Abwesend Vormittag:**

Aebi Heinz, Brenzikofer Florence, Friedli Thomas, Fritschi Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia, Wegmüller Helen und Zwick Peter

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**

Troxler Urs und Klee Alex

**Index**

Mitteilungen ..... 419, 425

**Traktanden**

- 1 2003/268  
Berichte des Kantonsgerichts vom 3. November 2003 und der Justiz- und Polizeikommission vom 22. Dezember 2003: Einsetzung eines a.o. Strafgerichtspräsidiums mit einem Pensum von 50% ab 1. Januar bis 31. Dezember 2004: Wahl  
*gewählt Irene Laeuchli* 406
- 2 2003/277  
Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Finanzkommission vom 30. Januar 2004 sowie Mitberichte der Erziehungs- und Kulturkommission vom 31. Januar 2004, der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 28. Januar 2004 und der Justiz- und Polizeikommission vom 27. Januar 2004: Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht)  
*Kenntnis genommen* 406
- 3 1997/217  
Interpellation von Paul Schär vom 30. Oktober 1997: Engere kantonale Zusammenarbeit. Schriftliche Antwort vom 11. November 2003  
*erledigt* 412
- 4 2002/320  
Berichte des Regierungsrates vom 3. Dezember 2002 und der Finanzkommission vom 10. März 2003: Bericht und Antrag zur formulierten Verfassungsinitiative "Für eine faire Partnerschaft"  
*z.H. Volksabstimmung beschlossen* 412 und 413
- 5 2003/271, 2003/271A  
Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Justiz- und Polizeikommission vom 20. Januar 2004: Nicht formulierte Sicherheitsinitiative  
*z.H. Volksabstimmung beschlossen* 415
- 6 2003/272, 2003/272A  
Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Erziehungs- und Kulturkommission vom 6. Februar 2004: Nicht formulierte Bildungsinitiative  
*Rückweisung beschlossen* 419
- 7 2003/270  
Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 28. Januar 2004: Nicht formulierte Spitalinitiative  
*z.H. Volksabstimmung beschlossen* 420
- 8 2004/019  
Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CVP/EVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle  
*überwiesen* 423

**Nicht behandelte Traktanden**

- 9 2004/018  
Interpellation von Robert Ziegler vom 5. Februar 2004: Gefährdungspotential des AKW's Fessenheim
- 10 2003/200  
Interpellation der FDP-Fraktion vom 4. September 2003: Zusammenschluss der Medizinischen Fakultäten Basel und Bern. Schriftliche Antwort vom 2. Dezember 2003
- 11 2002/307  
Postulat von Ruedi Brassel vom 28. November 2002: "Partnerschaftsprüfung" bei jedem Parlamentsgeschäft
- 12 2002/322  
Berichte des Regierungsrates vom 9. Dezember 2002 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 23. Januar 2004: Umweltbericht 2001 beider Basel
- 13 Fragestunde (**Beantwortung siehe Beilage 1**)
- 14 2003/162  
Motion von Rudolf Keller vom 1. Juli 2003: Arbeitsfreier Berchtoldstag
- 15 2003/165  
Postulat von Rudolf Keller vom 1. Juli 2003: Rechtliche Regelung des 1. August
- 16 2003/315  
Interpellation von Eva Chappuis vom 10. Dezember 2003: Nacht- und Sonntagsarbeit. Schriftliche Antwort vom 10. Februar 2004



Nr. 409

## Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** begrüsst die Kolleginnen und Kollegen, die Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die VertreterInnen der Medien und die Gäste auf der Tribüne zur Landratssitzung.

### Gemeindewahlen

Der Präsident gratuliert allen, die anlässlich der Gemeindewahlen vom 8. Februar neu- und/oder wiedergewählt wurden, insbesondere jenen, die neu ein Exekutivamt antreten. Die Arbeit in den Gemeinden wird sich zweifellos auch in der landrätlichen Arbeit niederschlagen.

### Geburtstag

Der Landratspräsident wünscht Elisabeth Schneider-Schneiter, die heute, am Landrats- und Muba-Tag, einen runden Geburtstag feiert, alles Gute.

### Geburt

Am 18. Februar kam Linus Brenzikofer auf die Welt. Der Landratspräsident schickt die besten Grüsse und Wünsche an Mutter Florence und Sohn Linus.

### Entschuldigungen

Vormittag: Aebi Heinz, Brenzikofer Florence, Friedli Thomas, Fritschi Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia, Wegmüller Helen und Zwick Peter

### Bürobesetzung

://: Auf Antrag von Rudi Brassel, SP, nimmt Christoph Rudin als Ersatz für Heinz Aebi im Büro Platz.

://: Auf Antrag von Paul Schär, FDP, nimmt Daniel Wenk als Ersatz für Toni Fritschi im Büro Platz.

### StimmzählerInnen

Seite FDP : Christoph Rudin  
Seite SP : Daniel Wenk  
Mitte/Büro : Matthias Zoller

### Wahlbüro

Silvia Liechti, Sabine Stöcklin und Landschreiber Walter Mundschin

### Traktandenliste

Der Landratspräsident erinnert an den Beschluss der Ratskonferenz, die heutige Sitzung frühestens nach Behandlung von Traktandum 8 abzurechnen und fügt bei, die Drohung sei ernst zu nehmen.

://: Die Traktandenliste wird nicht bestritten.

Wir wissen es, viele von Ihnen haben uns nicht sonderlich gerne, wie ich auch schon ausgeführt habe, weil wir dann und wann für die Regierenden eine hartnäckige und unbequeme Opposition sind. Auch wir erfüllen eine wichtige politische Aufgabe in unserem demokratischen System. Unsere Partei hat einen harten Kern von Leuten, die stets zur Urne gehen und unsere Liste unverändert einlegen. Deshalb war es für uns Schweizer Demokraten klar, dass wir Wahlbeschwerde einreichen mussten, als es hiess, wir hätten bei den Allschwiler Einwohnerratswahlen nur 12 unveränderte Listen. Bei einer Überprüfung der Listen sind nun 237 unveränderte SD-Listen zum Vorschein gekommen, welche, wie und warum auch immer, fälschlicherweise einer anderen Partei zugeschlagen wurden. Dies bedeutet, dass wir in Allschwil nach wie vor Fraktionsstärke erreichen und unsere Mandate halten konnten.

Vor vier Jahren erlebten wir in Reinach dasselbe, als verkündet wurde, wir hätten unsere drei Einwohnerratsmandate allesamt verloren. Darauf pochten wir am Montag nach den Wahlen auf eine Überprüfung – und siehe da, die Reinacher SD-Listen kamen zum Vorschein, wir konnten unserer drei Sitze behalten.

Wir vermuten weiter, dass wir in Riehen bei den Gemeindewahlen dasselbe erleben mussten. An diesem Ort erhielten wir angeblich viel weniger Parteilisten als wir aktive Mitglieder haben. Allerdings war die politische Tradition dort nicht so, dass wir einen schlüssigen Beweis antreten konnten. Deshalb haben wir keine Beschwerde eingereicht.

Ich vermute aufgrund dieser Vorkommnisse, dass ich 1999 nicht knapp abgewählt, sondern als Nationalrat bestätigt wurde. Aber Sie hier im Landrat werden froh sein. Dieses Rad kann man nicht zurückdrehen. Mein und unser Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist nun fundamental angeschlagen. Wem können wir noch vertrauen? Müssen wir bei jeder Wahl überlegen, ob Wahlbeschwerde einzureichen sei? Ich hätte mir nach dem Vorfall in Reinach vor vier Jahren nie vorstellen können, dass sich ein solches Vorkommnis an einem anderen Ort wiederholen könnte. Wir sind sehr betroffen, dass so etwas in der Wiege der Demokratie, in unserem Land, in unserem Kanton, in Baselbieter Gemeinden möglich ist. Ich war immer ein tief gläubiger Demokrat. Kann ich das auch weiterhin sein, wenn in unserem Kanton mit missliebigen demokratischen Minderheiten so umgegangen wird?

Deshalb verspreche ich Ihnen heute, dass wir künftig äusserst wachsam sein werden. Mit uns ist weiterhin zu rechnen. Und bei den kantonalen Aufsichtsbehörden besteht meines Erachtens nun Handlungsbedarf. Wir haben keinen Vorstoss eingereicht, aber wir gehen davon aus, dass sowohl die Regierung wie auch die Landeskanzlei über die Bücher gehen, wenn so etwas im Abstand von vier Jahren zweimal passiert.

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

## Persönliche Erklärung von Rudolf Keller

Nr. 410

**1 2003/268**

**Berichte des Kantonsgerichts vom 3. November 2003 und der Justiz- und Polizeikommission vom 22. Dezember 2003: Einsetzung eines a.o. Strafgerichtspräsidiums mit einem Pensum von 50% ab 1. Januar bis 31. Dezember 2004: Wahl**

**Ruedi Brassel** freut sich, im Namen der SP-Fraktion Andreas Schröder als ausserordentlichen Strafgerichtspräsidenten aus Muttenz vorschlagen zu dürfen. Ein Strafgerichtspräsident muss viele Qualifikationen mitbringen: Er muss zuhören, fragen, abwägen und urteilen können. Andreas Schröder hat nicht nur als bisheriger Vizepräsident am Strafgericht bewiesen, dass er diese Fähigkeiten beherrscht, sondern auch als interimistischer Präsident des Gerichts während fünf Monaten vergangenen Jahres. Andreas Schröders integre, klare Art und seine Erfahrung prädestinieren ihn für die Wahl, zumal er ohne Zeitverlust für die Einarbeitung einsteigen könnte und keine Friktionen mit seiner bisherigen Tätigkeit bestehen.

Ruedi Brassel empfiehlt namens der SP-Fraktion mit Nachdruck Andreas Schröder zur Wahl.

**Paul Schär** freut sich ebenso, im Namen der FDP-Fraktion die Kandidatin Irene Läuchli-Bosshardt, ausgestattet mit besten Voraussetzungen, für das a. o. Präsidium am Strafgericht vorschlagen zu dürfen. Auch Irene Läuchli könnte das Amt ohne Einarbeitungszeit sofort antreten.

*Wahlergebnis*

Eingelegte Wahlzettel	79
Leere Wahlzettel	02
Ungültige Wahlzettel	01
Gültige Stimmen	76
Absolutes Mehr	39

://: Gewählt mit 47 Stimmen ist Irene Läuchli-Bosshardt.

Andreas Schröder erhielt 28 Stimmen, Andere erhielten 1 Stimme.

*Verteiler:*

- Irene Laeuchli Bosshard, Peterhansstrasse 10, 4415 Lausen (*gilt als Wahlanzeige*)
- Kantonsgericht
- Justiz-, Polizei- und Militärdirektion
- Landeskanzlei

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 411

**2 2003/277**

**Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Finanzkommission vom 30. Januar 2004 sowie Mitberichte der Erziehungs- und Kulturkommission vom 31. Januar 2004, der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 28. Januar 2004 und der Justiz- und Polizeikommission vom 27. Januar 2004: Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht)**

**Marc Joset** erhielt als Finanzkommissionspräsident den vorliegenden Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht) am 13. November 2003 zur federführenden Beratung zugewiesen. Da der Regierungsrat damals beschloss, auch die drei Jubiläumsinitiativen zusammen mit der "Initiative für eine faire Partnerschaft" am 16. Mai 2004 dem Volk vorzulegen, ergab sich ein sehr ambitionierter Zeitplan. Der Finanzkommissionspräsident, der im Januar eine Zusatzsitzung einberief, bedauert, dass die verschiedenen Geschäfte mit partnerschaftlichem Inhalt nicht auf wirklich partnerschaftliche Art und Weise mit den Nachbarn behandelt werden konnten – beispielsweise mit gemeinsamen Sitzungen der Kommissionen. Dieser Sachverhalt zeigt, dass in der Ausgestaltung der auch in der Verfassung festgeschriebenen Partnerschaft noch Optimierungsbedarf herrscht.

Die Finanzkommission begrüsst einstimmig das klare Ja der Regierung zu einer regionalen Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Stadt und den Kantonen Aargau und Solothurn sowie mit Deutschland und Frankreich. Das Bekenntnis wird mit folgendem Zitat (Seite 37) unterstrichen:

*Eine enge Kooperation bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsraum und einen attraktiven Standort mit dem Zentrum Basel.*

Bleibt zu hoffen, dass dies die Hauptbotschaft ist, die – auch von den Medien – aus dem Baselpolier Parlament nach aussen getragen wird.

Die gelungenen formalen Aspekte des vorliegenden Partnerschaftsberichts werden ebenfalls gewürdigt. Er zeigt sich als übersichtliche Gesamtschau mit detaillierter systematischer Darstellung der finanzrelevanten Vereinbarungen.

Eine Minderheit der Finanzkommission wehrte sich vehement gegen die von der Regierung im Partnerschaftsbericht begründete, ablehnende Haltung gegen die SVP- "Initiative für eine faire Partnerschaft".

Für einige Mitglieder kommt die ganz konkrete Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten im Bericht zu wenig zum Ausdruck. Das Parlament wird in Zukunft gefordert sein, den Verfassungsauftrag zur Zusammenarbeit wahrzunehmen. Persönlich und mit Blick auf die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) meint Marc Joset, bei jeder Aufgabe sei zu beurteilen, inwiefern allenfalls eine partnerschaftliche Lösung sinnvoller wäre.

Sowohl die Finanzkommission wie die anderen Mitbericht erstattenden Kommissionen empfehlen dem Landrat, die Motion 2001/023 stehen zu lassen, weil die Forderungen bezüglich Universität und Gesundheitskosten nicht erfüllt sind, die drei Vorstösse 2001/005, 2000/198 und 2001/237

hingegen als erfüllt abzuschreiben und den Gesamtbericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Ruedi Brassel** wertet das klare Ja des Regierungsrates im Bericht zur Partnerschaft als ebenso selbstverständlich wie zwingend. Partnerschaft hat schon lange vor der Wiedervereinigungsabstimmung im Jahre 1969 oder gar dem Partnerschaftsartikel vom Jahre 1974 eingesetzt. Allein dieses simple Faktum zeigt, dass zur Partnerschaft keinerlei Alternativen bestehen, was aber nicht heisst, dass keine Gestaltungsmöglichkeiten auszumachen sind. Vielmehr eröffnen sich in dieser Partnerschaft dem Kanton Basel-Landschaft grosse Chancen für eine innovative, vielfältige Politik. Für die Partnerschaftspolitik braucht es nicht nur die im Bericht aufgeführten Regeln, sondern Visionen – einen Aspekt, den die SP im Bericht des Regierungsrates vermisst. Der Bericht atmet nicht den Geist des Aufbruchs, sondern des Verwaltens, der Fortschreibung und – teilweise – der Erbsenzählerei. Immerhin trat dabei einiges zum Vorschein, das auch die SP mit Interesse zur Kenntnis nimmt.

Leider mussten im vergangenen Herbst Verstimmungen zwischen den Regierungen der beiden Basel wahrgenommen werden. Gelinde benannt, entsprang die Problematik einer unglücklichen Dramaturgie und Kommunikationsstrategie der Baselbieter Regierung. In der Zwischenzeit haben sich die Aufgeregtheiten gelegt, die Regierungen sind wieder konstruktiv im Gespräch miteinander. Zu hoffen ist, dass Kritik an den Positionen der Regierung und kritische Bemerkungen auf den vorliegenden Bericht nicht als Vertretung eines *Basler Standpunktes*, wie von einem Regierungsrat bemerkt, abgetan werden.

In diesem Sinne ein paar kritische Bemerkungen zu den sechs Thesen:

*These 1: Die regionale Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte. Fortsetzung folgt!*

Die Auflistung von 93 finanzwirksamen Vereinbarungen ist beeindruckend, doch bleibt bei näherer Betrachtung als Substanz der Erfolgsgeschichte, etwas ironisch zusammengefasst, kaum mehr als die Feststellung, dass 1985 7 Prozent des Baselbieter Staatshaushalts nach Basel verschoben wurden und im Jahre 2002 10 Prozent. Ist als Erfolg zu werten, dass so viel Geld nach Basel geht oder eher, dass so wenig Geld nach Basel fliesst? Die Relation aufzuzeigen, was effektiv an Ausgleichszahlungen erforderlich ist, leistet der Bericht nicht. Schliesslich fehlt der Basler Bericht, um beurteilen zu können, ob die aktuell 10 Prozent adäquat sind. Erst auf Basis von Partnerschaftsberichten beider Kantone kann voran geschritten werden.

*These 2: Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird die regionale Zusammenarbeit stärken.*

Der Bericht bleibt in diesem sehr wichtigen Punkt zu allgemein. Das Parlament sollte im Hinterkopf bewahren, dass es um so weniger Einfluss geltend machen kann, je mehr interkantonale Kooperationen laufen und je stärker die Verwaltungstätigkeit auf Staatsverträgen beruhen. Darin liegt eine Verschiebung in der Ausübung der Ge-

waltenteilung hin zu Regierung und Verwaltung, eine Entwicklung, die in einem gewissen Grade unabdingbar ist, andererseits aber auch nach einer Verstärkung der parlamentarischen Mittel zur Einflussnahme und zur Kontrolle ruft.

*These 3: Ein pragmatisches Vorgehen nach vordefinierten Kriterien bildet die Grundlage für eine tragfähige Zusammenarbeit.*

Hervorzuheben ist aus dem Blickwinkel der Strategie, dass mögliche Partner bereits im Stadium der Entwicklung und Evaluation einbezogen werden müssen. Nur so kann der gesamtregionale und nicht nur der eigene Nutzen der Partnerschaft ermessend werden.

Dass die Verträge den Anforderungen von WoV genügen müssen, ist insofern selbstverständlich, als keine mit unsrer WoV-Verwaltungsstruktur inkompatible Verträge abgeschlossen werden sollen. Nicht angehen kann indes, dass vom Baselbiet erarbeitete Modelle als Regio-Verwaltungsmodelle postuliert werden.

*These 4: Die Baselbieter Agglomerationsgemeinden werden die regionale Zusammenarbeit mit neuen Modellen ergänzen.*

In diesem Punkt liegt das eigentliche Entwicklungspotenzial für innovative Politik, weil damit die territorialstaatlich festgelegten Grössen zugunsten von Funktionalräumen überwunden werden.

*These 5: Die Bildung und die Gesundheit bleiben die Kernpunkte der regionalen Zusammenarbeit.*

Die SP ist mit dieser sehr wichtigen Schwerpunksetzung einverstanden.

*These 6: Die Region Nordwestschweiz muss in der politischen Landschaft, vor allem beim Bund, mehr Präsenz und Entschlossenheit markieren und die Vernetzung ausbauen.*

Wichtig ist, dass Baselland in diesen Bereichen auf seine Stärken baut. Auf larmoyante Politik und auf das Beklagen der schlechten regionalen Berücksichtigung in Bern ist zu verzichten. Dagegen sind die Stärken im Bereich Life Sciences, Pharma und Chemie und der qualitativ hoch stehenden Universität mit ihrem differenzierten Profil hervorstreichend. Auch die Kulturstadt Basel, der funktionierende Service public, die soziale Sicherheit und das intakte Dienstleistungsangebot sind Stärken, die aufzubauen sind. Stärke des Baselbietes ist es nicht, irgend eine Figur in den Wandelhallen von Bern lobbyieren zu lassen, die Baselbieter Stärke liegt vielmehr im Ausbau einer konstruktiven, dynamischen, Partnerschaftspolitik. Mit den Jubiläumsinitiativen werden gewisse visionäre Perspektiven aufgezeigt. Wichtig deshalb die beiden Geschäfte in Zusammenhang zu sehen. Die SP-Fraktion kann den Bericht zur Kenntnis nehmen teilt aber nicht die Auffassung der Regierung zu den Jubiläumsinitiativen.

Die Partnerschaftspolitik braucht mehr als Fortschreibung, neue Signale sind gefragt, und ganz sicher braucht es nicht die SVP-Initiative.

**Hildy Haas** begrüsst namens der SVP-Fraktion die fleissige Arbeit des Regierungsrates und nimmt Kenntnis vom Partnerschaftsbericht. Mit Akribie wurden die bestehenden, finanzwirksamen partnerschaftlichen Vereinbarungen zusammen getragen. Der Bericht zeigt die vielfältigen Verflechtungen in der Region und die Verläufe der Finanzströme. Das interessante Material im Anhang wird dem Landrat als Nachschlagewerk dienen. Deshalb ist die SVP-Fraktion – für einmal – auch einverstanden, dass der Bericht als gebundenes Buch herausgegeben wurde. Dass in Basel-Stadt das Pro-Kopf-Einkommen um 40 Prozent höher liegt als in Baselland und dass Basel-Stadt gemäss Ressourcenindex einen Wert von 144, Baselland aber nur von 110 erreicht, erstaunt zunächst, zumal die Medienberichterstattung gerne suggeriert, das reiche Baselland wolle den Not leidenden Nachbarn Geld vor-enthalten. Zur Zeit beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft mit 230 Millionen Franken an den Zentrumsleistungen und an gemeinsamen Trägerschaften. Bildlich gesprochen bedeutet dies, dass jeder dritte Steuerfranken der natürlichen Personen in diese Geschäfte fliesst. Zu den Thesen des Regierungsrates:

*These 1, Die regionale Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte* erscheint glaubwürdig, wenn man die Zahl der Vereinbarungen zum Massstab nimmt. Nach Auffassung der SVP ist eine Aufgabe allerdings nicht von vorneherein deshalb gut gelöst, weil man sie partnerschaftlich angeht. Partnerschaft ist dann richtig, wenn gemeinsam bessere Lösungen erzielt werden und wenn beide Partner einen Nutzen, nicht zuletzt einen finanziellen, aus der Zusammenarbeit ziehen können.

*Zum NFA, These 2:* Die regionale Zusammenarbeit ist im Kanton Basel-Landschaft längst Realität. Nützlich sind die Musterverträge nach NFA dann, wenn die Zusammenarbeit auf eine solide Basis gestellt und verhindert wird, dass Wichtiges nicht vergessen geht. Zudem gilt es bewusst zu machen, dass jeder Vertragspartner Rechte und Pflichten hat.

*Pragmatisches Vorgehen, These 3:* Das begrüsst die SVP. Es ist zu definieren, wohin die Zusammenarbeit führen soll, und unter welchen Voraussetzungen eine Kostenbeteiligung in Frage kommen kann. Herzlich wird gebeten, im Einzelfall nach den aufgestellten Regeln zu verfahren.

*Agglomerationsgemeinden, These 4:* Die SVP findet es richtig, dass die Gemeinden um Basel zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung eigenverantwortlich handeln können.

*Bildung und Gesundheit, These 5:* Auch in der SVP-Fraktion gelten diese beiden Bereiche unbestritten als die Kernpunkte. Allerdings ist darauf zu achten, dass auch bei diesen Geschäften für die bewilligten Mittel die bestmögliche Leistung erbracht wird.

*Mehr Präsenzmarkierung der Region in Bern, These 6:* Dieser wichtige Punkt ist keine Neuerfindung. Da vier Kantone involviert sind, ist es auch nicht verwunderlich, dass die Interessenlage nicht überall dieselbe ist. Wollen wir ein gemeinsames Vorgehen in Bern, so sind viele Gespräche und viel Überzeugungsarbeit von allen Seiten notwendig.

Die SVP strebt einen selbständigen und selbstbewussten Kanton Basel-Landschaft an, der imstande ist, seine eigenen Probleme zu lösen, sich nicht verschliesst, wenn sich gemeinsame Lösungen als besser und kostengünstiger erweisen, ein Anliegen, das auch mit der Initiative "Für eine faire Partnerschaft" angestrebt wird. Alt Regierungsrat Paul Manz fasste den Grundgedanken schön zusammen:

*Die Baselbieter sind die treuesten Partner der Stadt, aber Partner auf eigenen Füessen.*

**Rolf Richterich** leitet seine Ausführungen mit dem Hinweis ein, dass die FDP-Fraktion die Erarbeitung der Grundlagen und Strategien für die Partnerschaft mit verschiedenen Vorstössen angeregt hat. Vom vorliegenden Bericht nimmt die Fraktion erfreut Kenntnis und stellt fest, dass die Forderungen mit dem abgelieferten, ausgezeichneten Resultat erfüllt worden sind. Mit dem Partnerschaftsbericht legt der Regierungsrat eine umfassende Analyse der regionalen Zusammenarbeit vor und leistet damit hervorragende Grundlagenarbeit für die weiteren politischen Schritte. Mit der gewählten Berichtsstruktur ermöglicht der Regierungsrat eine umfassende Transparenz der heutigen Situation. Gleichzeitig wird die Vergleichbarkeit der regionalen Leistungen und Abgeltungen verbessert. Im ersten Teil werden die politischen Standpunkte in sechs Thesen dargestellt. Sie können als Instrumente für die weiteren Schritte verstanden werden. Richtig ist nach Auffassung der FDP, dass nicht Visionen im Vordergrund stehen, sondern konkrete, mit Massnahmen hinterlegte Vorschläge. Im blauen Teil des Berichts werden die im ersten Teil gemachten Thesen eindrücklich belegt.

Selbstverständlich ist Basel-Stadt der wichtigste Partner des Kantons Basel-Landschaft, dies zeigen auch die zahlreichen Abkommen mit dem Stadtkanton. Basel bleibt das unbestreitbare und unbestrittene Zentrum der Region. Der Kanton Basel-Landschaft kann als "Kitt" der Region Nordwestschweiz bezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Ausrichtung der regionalen Zusammenarbeit auf die gesamte Region als folgerichtig.

Die FDP unterstützt die Bestrebungen der Regierung, organisch zu wachsen, zumal sich dies in der Vergangenheit als Erfolgsrezept erwiesen hat. Auf die Vorgabe ambitionierter Ziele wird bewusst verzichtet. Die FDP teilt zudem die Ansicht, dass eine schlanke, überschaubare Struktur zu fördern ist, weil ein Verwaltungsmoloch ineffizient arbeitet und dem klar gegliederten Raum nicht entspricht. Öffentliche Verwaltungen lassen sich nicht mit der Hoffnung auf Einsparungen wie privatwirtschaftliche Firmen fusionieren.

Richtigerweise versucht der Regierungsrat die Zusammenarbeit auf Bundes- und Gemeindeebene zu verankern. So sind die Stadt nahen Gemeinden aufgefordert, ihren Anteil



an einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit Basel-Stadt zu tragen.

Richtig ist, dass in der regionalen Zusammenarbeit Win-Win-Situationen, die zu einer auch gegenüber anderen Wirtschaftsräumen starken Region führen, zu suchen sind. Mit dem vorgelegten Partnerschaftsbericht kann sich die FDP-Fraktion einstimmig und vollumfänglich einverstanden erklären. Die Fraktion unterstützt den Antrag auf Kenntnisnahme und ist einverstanden, dass ihre drei Vorstösse abgeschrieben werden. Die Motion der Erziehungs- und Kulturkommission ist allerdings nicht in allen Teilen erfüllt, weshalb sie stehen gelassen werden soll.

Schliesslich bilden die drei früheren FDP-Vorstösse und die beiden heute eingereichten einen Beleg dafür, dass die FDP tatkräftig für eine regionale Zusammenarbeit einsteht und ein pragmatisches Vorgehen unterstützt.

**Thomi Jourdan** nimmt den Bericht zur regionalen Zusammenarbeit im Namen der CVP/EVP-Fraktion zur Kenntnis. Der Partnerschaftsbericht erweist sich als ausgezeichnete Darstellung des Ist-Zustandes. Aus Sicht der CVP/EVP ist allenfalls zu beklagen, dass die Regierung auf einen visionären Ausblick verzichtet hat.

Die Fraktion anerkennt die Anstrengungen der Regierung, über die Kantonsgrenzen hinaus Wege zu suchen und Lösungen zu finden, um die anstehenden Herausforderungen der Region möglichst optimal meistern zu können.

Die CVP/EVP-Fraktion steht zu einer klaren regionalen Ausrichtung, die neben dem Stadtkanton auch weitere Kantone, wie Solothurn, Aargau und das nahe Ausland in den Wirkungskreis der Zusammenarbeit einbezieht. Mit Genugtuung darf festgestellt werden, dass regionale Zusammenarbeit für den Kanton Basel-Landschaft weit mehr als bloss ein Lippenbekenntnis ist, 93 finanzwirksame Vereinbarungen demonstrieren dies eindrücklich.

Die Stärke des Kantons ist in hohem Masse von der Stärke der Gesamtregion und der Stärke des Zentrums Basel abhängig. Die gute, in der Vergangenheit bereits gelegte Ausgangslage macht Freude und lässt Zuversicht für die kommenden Aufgaben der Region erhoffen.

Allerdings werden die grossen Aufgaben klare Stellungnahmen des Parlamentes einfordern. Für die CVP/EVP-Fraktion ist klar, dass diese grossen Aufgaben nur gemeinsam mit anderen Kantonen und dem grenznahen Ausland gelöst werden können. Die Bildung von funktionalen Einheiten ist deshalb eine entscheidende Aufgabe, die verstärkt beachtet werden muss. In Zukunft gilt es noch viel häufiger, die Lösungen nicht durch Kantonsgrenzen einschränken zu lassen, sondern sich am eigentlichen Aufgabenkreis zu orientieren.

Ein starkes Baselbiet ist sowohl politisch als auch ökonomisch nur in einer starken Nordwestschweiz möglich. Als kleine Vision wünscht sich Thomi Jourdan deshalb, in Zukunft nicht mehr einen Bericht zur regionalen Zusammenarbeit behandeln zu *müssen*, sondern einen regionalen Bericht zur Zusammenarbeit behandeln zu *dürfen*.

Die CVP/EVP begrüsst den Partnerschaftsbericht abschliessend und stimmt auch den entsprechenden Anträgen der Finanzkommission zu den hängigen Vorstössen zu.

**Hanspeter Ryser** begrüsst den auf der Tribüne eingetref-

fenen alt Landratspräsidenten Ernst Thöni herzlich zur Landratssitzung.

**Kaspar Birkhäuser** nimmt im Namen der grünen Fraktion Kenntnis vom Bericht zur regionalen Zusammenarbeit. Insbesondere als nützlich erachten die Grünen die Zusammenstellung der verschiedenen Anträge zum Thema und die Anhänge im blauen Teil. Damit wird Transparenz über die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und anderen Kantonen sowie dem benachbarten Ausland geschaffen. *Die regionale Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte. Fortsetzung folgt!* lautet These 1 der Baselbieter Regierung. Diesem Bekenntnis pflichten die Grünen bei und befürworten deshalb auch die Jubiläumsinitiativen, die in die einzig richtige Richtung weisen für eine gedeihliche Entwicklung der beiden Halbkantone. Zur Zeit kosten die Doppelspurigkeiten der beiden Verwaltungen Unsummen von Steuergeldern – nämlich zwischen 1 und 2 Millionen Franken jeden Tag, konnte man im Dezember in der Parteizeitung der FDP lesen. Diese unselige Situation soll gestoppt werden.

Im Partnerschaftsbericht bekennt sich die Baselbieter Regierung zwar zu einer guten Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen, weist auf die 93 Vereinbarungen mit der Stadt hin und betont die Wichtigkeit der gut funktionierenden Partnerschaft mit Basel-Stadt. Geht es aber in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und Bildung darum, tief greifende grundlegende Massnahmen zur Beseitigung der Doppelspurigkeiten einzuleiten, so schreckt sie zurück und streicht die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Projekte hervor. Die Grünen wissen von diesen Schwierigkeiten, doch müssen diese im Interesse des Ziels mutig angegangen werden, damit sie überwunden werden können. "Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg". Hunderte und Tausende ländliche Gebiete mit einem städtischen Zentrum führen ihre Schulen, ihr Gesundheitswesen sowie Polizei und Feuerwehr einheitlich, kostengünstig und effizient. Das sollte wohl auch im Baselbiet möglich sein. Das Bundesamt für Statistik gab vor ein paar Tagen ein Szenario zur Bevölkerungsentwicklung für die nächsten Jahrzehnte in den einzelnen Kantonen bekannt. Darin wird Basel bis 2040 ein Rückgang der Bevölkerungszahl um 20 Prozent vorausgesagt, Baselland ein solcher von 5 Prozent, während Zürich um 9 Prozent wachsen soll. Die Region hat somit allen Grund, ihre Kräfte zu bündeln, damit solche Prognosen nicht in vollem Umfange Tatsache werden.

Basel-Stadt und Baselland müssen die Probleme gemeinsam angehen und lösen, nur so werden die beiden Halbkantone gestärkt und erhalten ihr adäquates Gewicht. Der Partnerschaftsbericht ist für die Grünen ein Schönfärben des Status quo. Er drückt indirekt Misstrauen gegenüber Basel aus und Angst, Baselland könnte zu kurz kommen. Langfristig wird es für Stadt und Land nur von Vorteil sein, ein gemeinsames Erziehungswesen, ein gemeinsames Spitalwesen, eine gemeinsame Polizei und Feuerwehr zu unterhalten. Darum werden die Grünen den Jubiläumsinitiativen zustimmen.

**Rudolf Keller** schickt voraus, er werde in einer einzigen Erklärung zu allen Fragen Stellung beziehen.

Der Slogan *Basel tickt anders* hat was für sich. Partnerschaft mit Basel-Stadt war schon immer ein umstrittenes Feld. Hautnah erlebten dies die Schweizer Demokraten, als sie das Referendum gegen den Kulturvertrag ergriffen. Nachdem das Volk damals dem Kulturvertrag zugestimmt hatte, akzeptierten die Schweizer Demokraten, dass künftig auf diesem Wege Gelder nach Basel fließen werden. Selbstverständlich gingen die Schweizer Demokraten von einem klar umschriebenen Betrag aus. Nicht mit ins Kalkül zog die Partei ein, dass eine nächste Regierung den abgeschlossenen Vertrag umgehen und Basel sinfionetta über andere Kanäle finanzieren würde. Leider läuft die Mittelverschiebung im Grundsatz stets in dieser Weise ab: Die Basler stellen fest, dass sie eine Aufgabe nicht mehr bezahlen können, und schon eilt Baselland herbei, um die Lücke zu füllen.

Im Univertrag haben sich die Baselbieter – unter ihnen auch die Schweizer Demokraten – verpflichtet, viel Geld an die Universität zu bezahlen. Leider wurde auch diese Vereinbarung mit einem zusätzlichen Immobilienvertrag umgangen. Anzunehmen ist, dass die findige Regierung unter Umgehung von Verträgen auch in Zukunft weitere Kredite sprechen wird. Leidtragende sind dabei die Steuern zahlenden Baselbieter. Die Schweizer Demokraten finden, Baselland zahle mehr als genug an die Stadt Basel. Solange der Staatsapparat in Basel im heutigen Zustand aufgebläht bleibt und solange die BVB schlechter arbeiten als die BLT, bleibt es nicht angezeigt, die Zusammenarbeit weiter zu forcieren. Vielmehr soll ein Marschhalt auf dem heutigen Niveau eingelegt werden. Sinn macht die Zusammenarbeit dagegen beim UKBB oder anderen, seit Jahren und Jahrzehnten bestens funktionierenden Gebieten. Gibt man ständig nach, so wird dafür gesorgt, dass der Kanton Baselland immer mehr ausblutet. Das geschilderte Vorgehen hat durchaus System und gewisse Basler Kreise haben festgestellt, dass sie damit an ihr Ziel gelangen. Staatspolitisch ist diese Entwicklung bedenklich. Die Schweizer Demokraten müssen von einem Fass ohne Boden reden, von Herrn Nimmersatt, der Frau "Gibmirlängmir" stets von Neuem verführen will. Unter diesen Vorzeichen sind die vorliegenden, so genannten Partnerschaftsinitiativen völlig fehl am Platz.

Im Schulbereich möchten die Schweizer Demokraten eh nicht mit Basel-Stadt zusammenarbeiten, Baselland will keine Experimentierschule und fordert weiterhin klare Benotungen der Schülerinnen und Schüler. Sogar der Baselbieter Jugendrat hat sich gegen die Bildungsinitiative ausgesprochen. Zitat dieses Gremiums:

*Die Probleme, die heute durchaus bestehen, könnten mittels gemeinsamer Absprache und Zusammenarbeit wohl besser gelöst werden. Des Weiteren ist der Jugendrat Baselland davon überzeugt, dass das Baselbieter Schulsystem durch Zusammenlegung in eine grössere Einheit an Flexibilität, Qualität und Effizienz verlieren würde.*

Der Trick, zum dritten, dem *Schweizerischen Weg* zu greifen, ist als Billig-Jakob-Lösung der Regierung zu bezeichnen. Sie tönt im ersten Moment gut, dürfte aber bald im Nichts verpuffen. Der Widerstand wird insbesondere auf eidgenössischer Ebene gross sein, weil die Schulen nach wie vor, fest verankert, eine kantonale Angelegenheit sind. Die Regierung ist nur deshalb auf diesen wenig

Erfolg versprechenden Zug aufgesprungen, weil sie den Mut nicht fand, die Bildungsinitiative abzulehnen.

Bei den anderen Initiativen kommt auch die Mehrheit der Kommissionen zu einer ablehnenden Haltung. Die Vorstellung, mit den so genannten Partnerschaftsinitiativen werde mehr Effizienz erzielt, reizt angesichts des aufgeblähten Basler Staatsapparates nur zum Lachen. Schliesslich darf auch ruhig noch festgestellt werden, dass die Unterschriftensammlung für die Initiativen sehr, sehr harzig über die Bühne ging.

Aus Sicht der Schweizer Demokraten bleibt folglich nicht viel Gescheites übrig. Eine Ausnahme bildet die Initiative "Für eine faire Partnerschaft", welche die Ausgaben von Baselland an Basel-Stadt plafonieren will. Dieser Initiative stimmen die Schweizer Demokraten zu, weil nur mit diesem Instrument die Salamtaktik von immer mehr über Umwege bezahlten Geldern durchbrochen werden kann. Die Schweizer Demokraten nehmen vom Partnerschaftsbericht der Regierung Kenntnis. Interessant ist immerhin zu sehen, welche enormen Summen Baselland an Basel-Stadt bezahlt. Diese Tatsache sollte hervorgehoben werden. Keine andere Region in unserem Land zahlt ähnlich hohe Leistungen an die Stadt. Stolz sollen die Baselbieter sein auf das, was sie bezahlen, und immer mal wieder den Mut aufbringen, nein zu sagen und einen Marschhalt zu verlangen.

Wenn Baselland mehrere hundert Millionen einsparen muss, kann es sich den ständigen Ausbau der Zahlungen an die Stadt doch ganz einfach nicht mehr leisten. Und wenn, was hoffentlich nicht eintritt, im Mai auch noch das so genannte eidgenössische Steuerpaket vom Volk angenommen werden sollte, dann müsste Basel mit zusätzlichen 200 Millionen Steuerausfällen rechnen. Dies würde Basel sicherlich wieder dazu verleiten, erneut im Baselbiet anzuklopfen.

Die Schweizer Demokraten haben eine sehr klare Haltung, sie mahnen zu äusserster Zurückhaltung, werden mit aller Kraft die so genannten Partnerschaftsinitiativen bekämpfen, weil sei keine Wiedervereinigung durch die Hintertür zulassen.

**Isaac Reber** stellt seinen eigenen Lebenslauf vor:

- Isaac Reber
- Geboren am 27. August 1961 in der Josefsklinik in Basel
- Aufgewachsen in Sissach
- Schulen in Sissach und Muttenz
- Universität Basel
- Zwischenstationen in Basel und Waldenburg
- Ehefrau in Zunzgen "gefunden"
- Niederlassung in Sissach
- Nachdiplomstudium "Raumplanung" an ETH in Zürich
- Berufstätig zuerst in der Baudirektion Baselland
- Heute berufstätig beim Baudepartement Basel
- Steuerzahler in Baselland

Interviews von Laufentalerinnen und Laufentalern in der BaZ vom 18. Februar zeigten, dass die Jungen ausnahmslos gut finden, dass das Laufental heute zum Kanton Basel-Landschaft gehört. Ganz offensichtlich interessieren sich die Jungen nicht für die Geschichten rund um den Kantonswechsel, sie spüren in ihrem Alltag, dass sie zur Region Basel und nicht zum Kanton Bern gehören. Die

historischen Bezüge zu Bern sind für die Jungen offenbar nicht relevant, sie fühlen sich jener Region zugehörig, in der sie leben, arbeiten und sich vergnügen.

Mit dem Lebenslauf sollte aufgezeigt werden, was für viele Menschen in der Region gilt: Die Region Basel wird von den meisten als eine einzige Wirtschafts- und Lebensregion erkannt. Nicht ein bestimmter Kanton ist für das Daheim wesentlich, sondern die Region als Ganzes. Vor diesem Hintergrund bereiten die zaghaften Schritte in der Partnerschaftsfrage zunehmend Mühe. Der hochgelobte Föderalismus treibt in vielen Bereichen, der Bildung etwa, echt schwachsinnige Blüten. Für Doppelspurigkeiten werden unglaublich grosse Energien und finanzielle Mittel aufgewendet.

All die gemachten Feststellungen führen zum Schluss, dass es an der Zeit ist, die politischen Strukturen im Land und in der Region grundsätzlich zu überdenken.

Selbstverständlich werden die Grünen die Jubiläumsinitiativen unterstützen. Die Region muss zu neuen Ufern aufbrechen. Längerfristig wird die Ökonomie die Region dazu zwingen. Überzeugt ist Isaac Reber schliesslich, dass viele Menschen in der Region so denken wie er selbst. Bleibt die Hoffnung, dass es bald schon keine Rolle mehr spielt, wo man arbeitet, wohnt, Steuern bezahlt oder sich vergnügt, weil die Region als Ganzes zusammengehört.

**Annemarie Marbet** stellt bei der Beurteilung des Partnerschaftsberichts die Frage, ob das Glas halb gefüllt oder halb leer ist. Basel sagt ja, aber... Baselland nein, aber...! Nach den Gesprächen der Regierungen darf davon ausgegangen werden, dass es mit der Partnerschaft wieder vorwärts gehen wird.

Bedenklich und erschreckend war das von Regierungsrat Adrian Ballmer zitierte Wort von Helmut Schmidt:

*Wer Visionen hat, muss zum Arzt.*

Als Landrätin möchte Annemarie Marbet Vision haben, ansonsten sie sich hier fehl am Platze fühlen würde. Sie möchte Strategien festlegen und in der Folge pragmatisch vorgehen.

Das pragmatische Vorgehen wird im Bericht auf den Seiten 163ff beschrieben. Das Thema darf nicht abgehandelt und in die Schulblende gelegt werden, es gilt, weiter zu gehen. Obwohl Bernerin, denen man Langsamkeit nachsagt, ruft Annemarie Marbet die BaselbieterInnen auf, die Mentalität des *Mir wei luege* abzulegen, hoch zu schalten und vorwärts zu machen. Aufgaben sollen gemeinsam angegangen und umgesetzt werden, beispielsweise mit einem Berufsberatungszentrum beider Basel. Sowohl Binningen wie Basel suchen einen neuen Standort, da bietet es sich doch an, eine gut erreichbare Lösung in der Nähe des Bahnhofs Basel zu suchen. Weitere Möglichkeiten zeigen sich beim Amt für Bevölkerungsschutz, im Kantonalen Laboratorium und beim KIGA.

Das Baselbiet ist aufgerufen, ja zur Region, ja zur gelebten, wirklichen, aktiven Partnerschaft zu sagen.

**RR Adrian Ballmer** dankt für die gute Aufnahme des Partnerschaftsberichtes. Nachdem der Finanzdirektor nun hören konnte, dass der Bericht für die Einen nicht weit genug, für die anderen aber zu weit geht, darf wohl

festgestellt werden, dass die Regierung mit beiden Beinen in Bodenkontakt ist.

Der Regierungsrat sagt klar und unmissverständlich ja zur regionalen Zusammenarbeit, mit der Stadt Basel und dem Kanton Basel-Stadt. Die Zusammenarbeit soll aber weiter greifen und auch die Nachbarkantone Aargau und Solothurn, teilweise auch den Kanton Jura sowie Baden Württemberg sowie das Elsass einbeziehen.

Da die Kantonsgebiete Basel-Stadt und Baselland beziehungsweise die Stadt Basel und die Agglomerationsgemeinden wirtschaftlich und gesellschaftlich besonders eng miteinander verknüpft sind, wird die Zusammenarbeit mit diesen Partnern sicherlich im Vordergrund stehen. Eine enge Kooperation des eine wirtschaftliche Einheit bildenden Raumes ist eine der Voraussetzungen für einen konkurrenzfähigen und attraktiven Standort mit dem natürlichen Zentrum Basel. Die enge Zusammenarbeit ist für die Regierung nicht eine Frage des Ob, sondern des Wo und des Wie.

Mit der etwas provokativen Formulierung, Basel sei für Baselland ein Klumpenrisiko, wollte der Finanzdirektor – versteckt liebevoll – zum Ausdruck bringen, dass die beiden Kantone eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Dass eine Schicksalsgemeinschaft zu sein, auch eine grosse Chance sein kann, zeigt die sehr erfolgreiche Wirtschaftsregion Basel.

Der Bericht zur regionalen Zusammenarbeit ist eine wertvolle Auslegeordnung. Die Basler Zeitung beklagt – und die anderen beten es nach – dem Bericht fehle die Vision. Der Finanzdirektor ist dagegen der Überzeugung, dass der Bericht sehr kreativ und substantiell ausgefallen ist; allerdings kann er nicht eine für alles und jedes Lösung anbietende, Eier legende Wollmilchsau sein, auch will er keine konkreten Antworten auf die Konzeption einzelner Politikbereiche liefern. Die Kreativität des Berichts zeigt sich in der Vorgehensmethodik. Er soll als Basis für die Gespräche mit BS, AG, SO sowie den Gemeinden des Kantons in Fragen der regionalen Zusammenarbeit dienen. Der Finanzdirektor erachtet es als richtig, die eigene Position zu formulieren, ehe Gespräche über die regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarn aufgenommen werden. In den Verhandlungen um die Fachhochschule Nordwestschweiz hat die Solothurner Erziehungsdirektorin schon fleissig daraus zitiert.

Sokrates unterscheidet als Begründer der Dialektik zwischen Wahrheit und Realität einerseits sowie Gewissheit andererseits. In diesem Sinne meint die Baselbieter Regierung nicht, ihr Bericht repräsentiere die absolute Wahrheit, vielmehr bildet er mit der Formulierung von Thesen die Baselbieter Realität ab; in der Diskussion können die Gesprächspartner nun über Antithesen zur Synthese gelangen.

"Die Partnerschaft liegt in Scherben" titelte am 12. November vergangenen Jahres ein grosses Blatt zu Basel in fetten Lettern. Bei allem Respekt, Martin Matter, Humbug ist solches! Die regionale Zusammenarbeit ist wirklich eine Erfolgsgeschichte – und sie geht weiter. Baselland unterhält mit Basel-Stadt 84 finanzwirksame Vereinbarungen, vor allem aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und öffentlicher Verkehr. Gemäss Staatsrechnung 2002 sind netto 159 Millionen Franken an Abgeltungen nach Basel geflossen, nicht eingerechnet sind darin 45 Millionen

Franken Beiträge an gemeinsame Aufgaben. Diese Finanzströme dokumentieren eine enge, für die übrige Schweiz musterhafte Zusammenarbeit.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) greift das bewährte Modell der regionalen Zusammenarbeit beider Basel auf. Verhandlungen über die Universitätsbeteiligungen, den Immobilienfonds der Universität, die Spitalplanung, die Fachhochschulen, das ETH-Institut für Systembiologie und die Rheinhäfen sind weitere Fakten der aktiven Zusammenarbeit.

Grundlage für eine längerfristig tragfähige Zusammenarbeit bildet nicht Sozialromantik, sondern ein pragmatisches, organisches Vorgehen nach vordefinierten Kriterien. Deshalb hat die Regierung Grundsätze, Kriterien und Vorgehensraster entworfen – sie bilden für den Finanzdirektor das Kernstück des Berichts.

Wer den Vorwurf der Erbsenzählerei erhebt, sollte sich bewusst sein, dass es auch in Basel-Stadt nicht nur um Qualität, sondern auch um Quantität geht. Baselland seinerseits darf für sich wirklich in Anspruch nehmen, nicht einfach die Geldfrage in den Vordergrund zu stellen.

Den Glauben, der Preis sinke, je grösser die Strukturen sind, teilt der Finanzdirektor nicht. Es gilt, sich im Konkreten darüber zu unterhalten, ob eine gemeinsame Aufgabe auch wirklich günstiger zu stehen kommt.

Wenn die Regierung nun zur starren Begrenzungsinitiative und zu den beiden verfehlten Fusionsinitiativen (Sicherheit und Spital) nein sagt, und der Bildungsinitiative einen strategisch ausgesprochen bedeutsamen Gegenvorschlag unterbreitet, der die Region nicht als schweizerischen Sonderfall betrachtet, so ist diese Politik als überzeugtes Ja zu einer sinnvollen, pragmatischen Weiterentwicklung der regionalen Zusammenarbeit zu verstehen.

Der Landrat ist eindringlich aufgerufen, der Linie der Regierung und der vorberatenden Kommissionen zu folgen, und den Partnerschaftsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

*Schlussabstimmung, Anträge:*

Ziffer 1

://: Der Landrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht).

Ziffern 2, 3, 4 und 5

://: Der Landrat lässt die Motion 2001/023 der EKK stehen und schreibt die Motion 2001/005 der FDP-Fraktion, das Postulat 2000/198 der FDP-Fraktion sowie das Postulat 2001/237 von Sabine Pegoraro als erfüllt ab.

*Für das Protokoll:*  
*Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 412

**3 1997/217**

**Interpellation von Paul Schär vom 30. Oktober 1997: Engere kantonale Zusammenarbeit. Schriftliche Antwort vom 11. November 2003**

**Paul Schär** holt mit Bezugnahme auf das Votum von Isaac Reber zu Händen des Protokolls nach:

Paul Schär, geboren in Basel, 46 Jahre in Reinach wohnhaft, heute in Pfeffingen.

Die Interpellation, die seit 1997 aufliegt, ist heute doch noch beantwortet worden, was Paul Schär ausserordentlich freut. Auf weitere Diskussionen verzichtet er, erlaubt sich aber noch folgende persönliche Erklärung zur Partnerschaft: Ein Beispiel für ein pragmatisches, geschicktes Vorgehen in der Partnerschaft ist der Regierung am Beispiel des gemeinsam erarbeiteten Immobilienfonds der Universität geglückt. Ein mögliches Referendum würde die FDP-Fraktion folglich mit allen verfügbaren Mitteln bekämpfen.

://: Damit ist die Interpellation von Paul Schär vom 30.10.1997 beantwortet.

*Für das Protokoll:*  
*Urs Troxler, Landeskanzlei*

\*

Nr. 413

**4 2002/320**

**Berichte des Regierungsrates vom 3. Dezember 2002 und der Finanzkommission vom 10. März 2003: Bericht und Antrag zur formulierten Verfassungsinitiative "Für eine faire Partnerschaft"**

Finanzkommissionspräsident **Marc Joset** weist vorab darauf hin, dass der Landrat der Gültigerklärung der SVP-Initiative "Für eine faire Partnerschaft" gefolgt ist. Mit der Fristverlängerung war die SVP einverstanden, die Initiative wird zusammen mit den Jubiläumsinitiativen am 16. Mai dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Der Regierungsrat lehnt die Initiative mit folgenden Begründungen ab:

Die Festsetzung einer fixen Limite schränkt aus finanzpolitischer Sicht die Flexibilität ein. Gegenüber den Verhandlungspartnern wäre mit einer Vertrauenseinbusse zu rechnen und die Aufwandpositionen würden bloss verlagert.

Aus staatspolitischer Sicht kollidieren die Forderungen der Initiative mit den Forderungen der NFA.

Die noch in alter Besetzung beratende und Bericht erstattende Finanzkommission führte ein Hearing mit einer Delegation des Initiativkomitees durch. Die Initianten wiesen im Hearing darauf hin, dass die Fokussierung auf Basel-Stadt zu durchbrechen und gegenüber den anderen Kantonen eine Öffnung zu erwirken sei.

Das Komitee brachte zum Ausdruck, dass eine allfällige Überschreitung der Richtwerte für die Höchstgrenze geduldet werden könnte.

Die Kommission kam zum Schluss, dass die Beiträge an Basel-Stadt gemeinsamen Interessen entsprechen und Leistungen betreffen, die Baselland zu einem fairen Preis sinnvollerweise dort einkaufen soll, wo sie am günstigsten zu beziehen sind. Statt schematisch zu plafonieren, soll die finanzielle Grenze im Einzelfall sorgfältig abgewogen werden.

Die Finanzkommission beantragt mit 8 zu 2 Stimmen, die Initiative "Für eine faire Partnerschaft" abzulehnen.

**Ruedi Brassel** lehnt die "Initiative für eine faire Partnerschaft" im Namen der SP-Fraktion einstimmig ab.

Die Initiative verlangt eine Änderung ganz zu Beginn der Verfassung. In §1 Absatz 1bis soll festgehalten werden: *Der Kanton arbeitet darauf hin, die ihm aus Verfassung und Gesetz aufgetragenen zentralen Aufgaben für die Bevölkerung aus eigener Kraft erbringen zu können.*

Was heisst denn *aus eigener Kraft* in einer Zeit, da zur Problemlösung immer mehr auf Kooperation gesetzt wird und die Interdependenzen der komplexen Welt unüberschaubar sind?

Die Antwort gibt § 3 der Verfassung mit dem Passus, dass der Kanton mit Vereinbarungen und gemeinsamen Institutionen arbeiten soll und dass er in diesem Bereich eine zentrale Aufgabe zu erfüllen hat. *Aus eigener Kraft* suggeriert letztlich, das Baselbiet sollte als Nische in dieser Welt erhalten werden. Fakt ist aber, dass der Kanton Basel-Landschaft aufgrund seiner vielfältigen Vernetzungen wirtschaftlich wie politisch seine Stärke, seine Existenz und seine Zukunft schöpft. In ihrem Kern leugnet die Initiative diesen Zusammenhang und will die Leugnung in die Verfassung hineinragen. Dafür ist die SP in keiner Art und Weise zu gewinnen.

Auch ganz grundsätzliche, pragmatische, vom Kommissionspräsidenten referierte Gründe sprechen gegen die Initiative.

Interessanterweise wartet die SVP mit einer Quotenregelung auf, die, würde sie erfüllt, eine sinnvolle Aufgabenverteilung und ein effizientes Arbeiten verunmöglichen könnte.

Der Titel "Für eine faire Partnerschaft" provoziert die Frage, was denn bisher unfair war. Ging das Baselbiet in seinen Zahlungen nach Basel zu schnell oder zu langsam vor? Welches ist der Massstab der Fairness? Wird allenfalls suggeriert, Basel sei unfair zu Baselland oder war Baselland gegenüber seinen Partnern unfair?

Der Titel spielt mit gefährlichen Emotionen, Überprüfungs-möglichkeiten sind nicht gegeben, mit Rattenfängertricks will die Initiative die Menschen hinter sich scharen. Die Initiative spielt vor, nun sei das Patentrezept für Fairness erfunden worden. Ein solches Verhalten ist unfair – auch deshalb gehört diese Initiative in den Senkel gestellt.

Für das Protokoll:  
Urs Troxler, Landeskanzlei

\*

Nr. 414

#### 4 2002/320

#### Berichte des Regierungsrates vom 3. Dezember 2002 und der Finanzkommission vom 10. März 2003: Bericht und Antrag zur formulierten Verfassungsinitiative «Für eine faire Partnerschaft» (Fortsetzung)

**Karl Willimann-Klaus** zitiert im Hinblick auf die Redelust des Parlaments Wilhelm Busch: «Das Reden tut dem Menschen gut, vor allem wenn man's selber tut!»

Er nennt die Motive für die Lancierung der SVP-Initiative: die Sorge um die Finanzen sowie um die Eigenständigkeit von Baselland. Schon damals war abzusehen, dass die ständigen Forderungen von Basel-Stadt unseren Kanton in eine finanzielle Schiefelage bringen würden. Es flossen aus dem Baselbiet als Beitrag an Zentrumsleistungen wie Spitäler, Uni, Theater, Orchester, öffentlicher Verkehr, Schulen usw. über 215 Millionen Franken jährlich in den Stadtkanton. 2002 lag dieser Betrag bereits bei 236 Millionen, heute bei 281 Millionen Franken – Tendenz steigend. Dazu kommen noch 55 Millionen Franken für gemeinsame Aufgaben.

Bei genauer Betrachtung der finanziellen Eckwerte der beiden Kantone kommt man zum Schluss, dass vergleichbare Leistungen in Basel-Stadt deutlich teurer sind als im Baselbiet. Bei der Zusammenlegung von Aufgaben muss daher Baselland unter dem Strich mit höheren Kosten rechnen als bei einem Alleingang.

Karl Willimann nennt als Eckdaten:

	<u>BS</u>	<u>BL</u>
<i>Einwohnerzahl</i>	188'000	266'000
<i>Staatsaufwand</i>	4 Mrd. Fr.	2,8 Mrd. Fr.
<i>Staatsangestellte</i>	ca. 21'000	ca. 10'000
<i>Staatseinnahmen</i>	4,1 Mrd. Fr.	2,8 Mrd. Fr.
<i>Steuerertrag nat. Pers.</i>	1,4 Mrd. Fr.	0,7 Mrd. Fr.
<i>Schulden</i>	6,3 Mrd. Fr.	ca. 800 Mio.
<i>Einkommen/Einwohner</i>	84'000 Fr./a.	51'000 Fr./a.

Bestünde ein Finanzausgleich zwischen diesen beiden Kantonen, so müssten Gelder von Basel-Stadt die Ergolz hinauf nach Liestal fliessen. BS leistet sich einen überdimensionierten Verwaltungsapparat und lebt über den Verhältnissen.

Mit der Initiative bekennt sich die SVP zu einer guten Partnerschaft mit Basel-Stadt und stellt die Zahlungen nicht grundsätzlich in Frage. Sie will aber kein Fass ohne Boden. Fünf Jahre lang sollen keine Erhöhungen der Baselbieter Beiträge mehr vorgenommen werden. Langfristig dürfen die Baselbieter Leistungen 30 % des Steuerertrags der natürlichen Personen nicht überschreiten.

Es muss genügen, dass wie heute jeder dritte Steuerfranken Richtung Basel abfliesst.

Die Initiative versteht sich auch als Zeichen gegen die so genannten «Jubiläumsinitiativen». Diese sind ein plumper Versuch der Wiedervereinigung durch die Hintertür. Die SVP möchte, dass Basel-Stadt erst einmal die eigene Verwaltung und den eigenen Finanzhaushalt in Ordnung bringt und sich nicht dauernd aufs Baselbiet als Geldgeber verlässt.

Die heutige Situation kann mit zwei verwandten Familien verglichen werden: die eine pflegt einen luxuriösen Lebensstil bei einem guten Einkommen; die andere versucht Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, denkt haushälterisch, und doch wird ihr zugemutet, den aufwändigen Lebensstil der anderen Familie dauernd zu finanzieren. Das darf nicht weitergehen, und deshalb ist die SVP-Initiative anzunehmen.

Die FDP lässt sich, so **Juliana Nufer**, keine Fesseln anlegen und lehnt die Initiative einstimmig ab. Ihr Titel klingt zwar toll, die Initiative lässt aber eine Reihe Fragen offen:

Sollen Regierung und Landrat wirklich nur noch reagieren statt agieren? Das Parlament kann von Fall zu Fall über Ausgaben und Beiträge beschliessen und sollte seinen Spielraum nicht einengen lassen. Bei einer Annahme der Initiative besteht die Gefahr, dass auf ein partnerschaftliches Geschäft, das zu einer *Win-win*-Situation führt, verzichtet werden müsste, weil der Zeitpunkt ungünstig ist, also weil z.B. die Steuereinnahmen in diesem Moment gerade rückläufig sind.

Sollen nun einfach mehr partnerschaftliche Verträge mit anderen Kantonen wie Aargau, Solothurn oder – als extremem Beispiel – dem Tessin abgeschlossen und gleichzeitig Verträge mit Basel-Stadt gekündigt werden? Das wäre paradox, denn das Baselbiet ist als Einkäufer-Kanton darauf angewiesen, Leistungen bei seinem Partner zu beziehen. Den Preis kann das Parlament festlegen.

Will das Baselbiet wirklich den Eindruck eines unzuverlässigen, willkürlichen und launischen Geschäftspartners vermitteln? Für die FDP-Fraktion ist es klar, dass Basel-land ein fairer Partner sein will.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit muss finanzielle Grenzen haben, weil das Baselbieter Steuereinkommen geringer ist als dasjenige in der Stadt. Die richtige Strategie besteht aber in einem sorgfältigen Abwägen im Einzelfall.

**Eugen Tanner** glaubt, die bisher praktizierte und in der Verfassung postulierte Partnerschaft sei den Initianten ein Dorn im Auge. Alle Gelder, die nach Basel fliessen, sind Abgeltungen für bezogene Leistungen und werden nicht *à fonds perdu* für irgend etwas ausgegeben. Die Initiative hat die Abschottung des Baselbiets zum Ziel, was dem Gedanken einer starken Region absolut abträglich ist. Die Initianten verkennen die enge kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Kantonen. Zwar besteht die Region auch noch aus Teilen anderer Kantone; diese sind aber mehrheitlich auf die Regionen Zürich und Bern ausgerichtet.

Die Initiative widerspricht der Idee des Neuen Finanzausgleichs, und der Titel «faire Partnerschaft» entspricht nicht dem Inhalt. Faire Partnerschaft würde heissen, dass bezogene Leistungen auch bezahlt werden. Das ist auch eine gutbürgerliche Haltung. Daher lehnt die CVP/EVP-Fraktion die Initiative klar ab.

Namens der Grünen erklärt **Jürg Wiedemann** eine offene, transparente und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Kantonen für wichtiger als eine Abkapselung und eine antiquierte Igel-Mentalität. Basel-Stadt ist ein gleich-

berechtigter, integrierter Partner und kein Gegner. Die Mentalität der Initianten schadet der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons. Anstehende komplexe Aufgaben wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Senkung der Gesundheitskosten, der öffentliche Agglomerationsverkehr, die Verbesserung der Bildungssysteme, die Reduktion der Umweltbelastungen, die Sicherung der Sozialleistungen oder die Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandorts harren ihrer Lösung – dies geht nur gemeinsam.

Zwei Unternehmen, die im stillen Kämmerlein getrennt an einem Problem arbeiten, kommen nicht zur gleich guten und kostengünstigen Lösung, wie wenn sie es zusammen tun. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit ist in den nächsten Jahren weiter zu intensivieren, so dass alle beteiligten Kantone, also teilweise auch AG und SO, davon profitieren können.

Die in der Initiative verlangte Ausgaben-Plafonierung ist willkürlich und kann unter Umständen bedeuten, dass der Kanton Leistungen, die er erbringen muss, nicht mehr dort beziehen kann, wo sie am günstigsten sind, sondern sie selber anbieten muss – dies kann teurer werden als der Einkauf beim Nachbarn. Die Initiative mit ihrem irreführenden Titel verursacht eine Schwächung der interkantonalen Zusammenarbeit. Finanziell und volkswirtschaftlich kann das Baselbiet sich das nicht leisten, weshalb die grüne Fraktion Nein sagt.

**Dieter Völlmin** antwortet auf einige Vorwürfe an die Adresse der Initianten. So werden etwa die Kriterien des Neuen Finanzausgleichs noch längstens eingehalten.

Ein Beispiel dafür, wie es für die SVP nicht mehr weitergehen kann, bot die gestrige Grossrats-Sitzung zum Immobilienvertrag: Dort hat Regierungsrat Eymann laut einem Zeitungsbericht gesagt, Basel-Stadt richte sich darauf ein, dass ab 2005 mehr Geld aus Baselland zur Verfügung stehe. Das ist das bewährte Muster. Ohne diesen ständigen Mechanismus – Jammern, Medienkampagne, mehr Geld – gäbe es die vorliegende Initiative nicht.

Leistungen von Basel-Stadt – schweizweit als Hochpreisinsel bekannt – werden einfach bezahlt, ohne abzuklären, ob der Preis gerechtfertigt ist oder die Leistungen anderswo günstiger wären. Dagegen wehren sich die Initianten. Gemeinsam Aufgaben zu lösen, mag schon günstiger sein, aber nicht, wenn es immer mit dem teuersten Partner gemacht wird. Bei gemeinsamen Projekten steigen die Preise immer auf das hohe Basler Niveau, nie sind sie auf das Baselbieter Niveau gesunken.

Ausgaben bewilligen geht nicht, ohne die Finanzierung zu sichern. Gerade neulich hat der Landrat wieder 7 Millionen bewilligt (für Immobilienvertrag Uni, Basel Sinfonietta und Deep Heat Mining), jetzt ist schon wieder die Rede von weiteren rund 30 Millionen Franken (für Uni, Theater usw.). Irgendwann kommt der Tag der Wahrheit, wenn dem Volk eine Steuererhöhung angekündigt werden muss.

Auch wer die Initiative heute ablehnt, war in letzter Zeit schon einige Male froh, dass es sie gibt – nicht zuletzt Delegationen des Regierungsrates, deren Verhandlungsposition gestärkt wurde.

Die von Karl Willmann angeführten Zahlen stimmen,

bestätigt **Kaspar Birkhäuser**. Aber es wurden auch wichtige Fakten weggelassen, die ebenfalls hätten erwähnt werden müssen. Das Bild der beiden Familien, reich und arm, war schief. Denn die sogenannte reiche Stadt-Familie stellt den «armen Schluckern vom Lande» auch vieles zur Verfügung, das diese dauernd nutzen und nur ungenügend zahlen.

Regierungsrat Eymann unlautere Motive zu unterstellen, ist unfair. Eymann jammert nicht, er macht darauf aufmerksam, dass Baselland in Sachen Uni zu wenig bezahlt für bezogene Leistungen.

Finanzkommissionspräsident **Marc Joset** erläutert die Anträge, über welche der Landrat zu beschliessen hat: erstens ob die Verfassungsinitiative angenommen oder abgelehnt wird – die Kommission empfiehlt Ablehnung –, zweitens welche Empfehlung den Stimmberechtigten gemacht werden soll – die Kommission empfiehlt ein Nein.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** fühlt sich von Kaspar Birkhäusers Votum herausgefordert: Es ist nicht wahr, dass Baselland zu wenig zahlt für die Universität. Auch die Basler Regierung anerkennt, dass der Landkanton die Kosten für die Studierenden aus dem Baselbiet vollständig trägt. Die Diskussion dreht sich um die ungedeckten Kosten für Studierende aus der übrigen Schweiz und dem Ausland. Darüber kann miteinander gesprochen werden.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gibt bekannt, dass namentliche Abstimmung für Antrag 1 verlangt wurde.

*Abstimmung: Antrag 1*

://: Die formulierte Verfassungsinitiative «Für eine faire Partnerschaft» wird mit 58 Nein- gegen 21 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ja-Stimmen:

SVP: de Courten, Gerber, Grollimund, Haas, Hasler, Hess, Holinger, Jordi, Krähenbühl, Liechti, Ringgenberg, Ryser, Straumann, Thüring, Völlmin, Willimann, Wirz, Wullschleger

SD: Blatter, Keller, Steiger

Nein-Stimmen:

SP: Abt, Brassel, Chappuis, Degen, Halder, Helfenstein, Hilber, Hintermann, Huggel, Jäggi, Joset, Küng, Marbet, Meschberger, Münger, Nussbaumer, Rudin, Rüegg, Schmied, Schweizer, Stöcklin, Svoboda, Ziegler

FDP: Anderegg, Ceccarelli, Frey, Gutzwiller, Kunz, Mangold, Musfeld, Nufer, Richterich, Rufi, Schär, Schenk, Schulte, Van der Merwe, Wenk, Zihlmann

CVP/EVP: Augstburger, Bachmann, Corvini, Jermann, Jourdan, Rohrbach, Schneider, Schuler, Simonet, Steiner, Tanner, Zoller, Zwick

Grüne: Birkhäuser, Göschke, Maag, Morel, Reber, Schoch, Wiedemann

Enthaltungen:

FDP: Schäfli, Schneeberger

*Abstimmung: Antrag 2*

://: Den Stimmberechtigten wird mit 58 zu 20 Stimmen empfohlen, die formulierte Verfassungsinitiative «Für eine faire Partnerschaft» abzulehnen.

**Landratsbeschluss**

**zur formulierten Verfassungsinitiative „Für eine faire Partnerschaft“**

Vom 19. Februar 2004

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die formulierte Verfassungsinitiative „Für eine faire Partnerschaft“ wird abgelehnt.
2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Verfassungsinitiative „Für eine faire Partnerschaft“ abzulehnen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

Nr. 415

**5 2003/271, 2003/271A**

**Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Justiz- und Polizeikommission vom 20. Januar 2004: Nicht formulierte Sicherheitsinitiative**

**Regula Meschberger** als Präsidentin der Justiz- und Polizeikommission fasst den Hergang der im November 2002 mit den beiden anderen «Jubiläumsinitiativen» eingereichten Sicherheitsinitiative zusammen.

Kurz vor dem Beginn der Kommissionsberatungen wurden Unterschiede zwischen dem Initiativtext und dem der Regierungsvorlage zu Grunde liegenden Texts festgestellt. Trotz allem Verständnis dafür, dass Fehler passieren können, hält die Kommission diesen Vorfall für unverzeihlich. Nichtsdestotrotz wurde auf die Vorlage eingetreten, weil die Textunterschiede nicht materieller Natur sind.

BefürworterInnen der Initiative verweisen auf die Synergien, die durch gemeinsame Organisationen entstehen und zu finanziellen Entlastungen führen. Die heutigen Doppelspurigkeiten kosten Riesensummen.

GegnerInnen der Initiative bezweifeln solche Kosteneinsparungen; im Gegenteil, es besteht die Gefahr eines aufgeblähten Apparates. Dazu macht es wenig Sinn, die Organisationen zweier Kantone zusammenzulegen und dabei die Bedürfnisse der ganzen Region aus den Augen zu verlieren. Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Modell «Zusammenarbeit plus» soll im Polizeibereich weiterverfolgt werden.

Ein wichtiges Argument gegen die Initiative ist die dem Kanton zustehende Polizeihöhe. Eine Zusammenarbeit würde bedeuten, dass der Regierungsrat nicht mehr autonom bestimmen könnte, weil er immer der Zustimmung des Partnerkantons bedürfte.

Die Justiz- und Polizeikommission beantragt mit 7:4 Stimmen die Ablehnung der Sicherheitsinitiative.

Im Namen der SP-Fraktion betont **Ursula Jäggi**, dass die regionale Zusammenarbeit eine Erfolgsgeschichte sei, und

nennt als Beispiele die FHBB, das UKBB sowie das Lufthygieneamt beider Basel. Daher liegt – auch ohne sozialromantische Anwandlungen – nichts näher als die Zustimmung zur vorliegenden Initiative.

Die Frage lautet: Bringt es einen Nutzen? Die Antwort der SP-Fraktion ist Ja, und zwar nicht nur für Baselland, sondern auch für Basel-Stadt und die weitere Region. Die Polizeizusammenarbeit über die Kantonsgrenze hinaus ist bereits jetzt friktionslos, unkompliziert und direkt. Der Kooperations-Ansatz ist lösungsorientiert und bedürfnisgerecht. Weil z.B. auch der Strassenverkehr nicht an der Kantonsgrenze aufhört, macht die Zusammenlegung der Polizeikorps unter einem Kommando Sinn, selbst unter Beibehaltung des bisherigen Personals und der bestehenden Organisation.

In den Bereichen Militär und Bevölkerungsschutz drängt sich eine Zusammenlegung geradezu auf. Die beiden Kantone leisten sich zur Zeit noch je eine eigene Verwaltung und Ausbildung im Zivilschutz. Das Sparpotential bei einer Zusammenlegung müsste das Herz der Bürgerlichen höher schlagen lassen. Die Anzahl der Armeeeingehörenden sinkt laufend, und die Aushebungen werden nicht mehr in der Region durchgeführt – also spricht nichts mehr dafür, zwei teure Verwaltungen zu unterhalten.

Auch beim Bevölkerungsschutz ist zusammenzuarbeiten, weil Grossereignisse – erinnert wird an Schweizerhalle 1986 – nicht vor Kantonsgrenzen Halt macht. Unter einem gemeinsamen Dach lässt sich's leichter koordinieren.

An der unterschiedlichen Organisation der Feuerwehren – Berufsfeuerwehr in Basel-Stadt, Milizsystem in Baselland – müsste sich unter einem gemeinsamen Dach nichts ändern. Hier könnte der Kanton Basel-Landschaft die Übernahme der Hauptverantwortung anbieten.

Natürlich müsste die Oberaufsicht klar geregelt werden; dies ist aber lösbar. Einer Zustimmung steht nichts im Weg. Möge das Parlament Mut beweisen und einen Schritt auf Basel-Stadt zu tun, um die regionale Zukunft weiter vorzubereiten!

Als SVP-Sprecher versichert **Dominik Straumann**, auch seine Fraktion sei fürs Sparen. Mit der vorliegenden Initiative entstehen aber neue Kosten. Die Stossrichtung der Partnerschaft ist richtig, aber die Konzentration auf Basel-Stadt ist ungenügend, weil das Baselbiet auch an Solothurn und den Aargau sowie Deutschland und Frankreich grenzt. Die SVP lehnt die Initiative ab und folgt der Regierung, im Einzelnen aus folgenden Gründen:

Die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikorps beider Basel funktioniert, wo nötig, sehr gut. Punktuell kann sie sogar noch ausgebaut werden – aber ohne Zusammenschluss. Eine Fusion bis zum 1. Januar 2008 ist nicht realistisch, alleine schon wegen des grossen Personal- und Sachaufwands (Stichworte Uniform, Kommunikation, Informatik). Die Einbindung der Baselbieter Gemeindepolizeien ist in der Initiative überhaupt nicht erwähnt. Zu einer Vereinfachung im Nordwestschweizer Polizeikonkordat würde ein Ja nicht führen, denn es fiel einfach einer der bisherigen Partner weg.

Die Feuerwehrorganisationen beider Basel sind vollkommen verschieden. Im Stadtkanton ist die Berufsfeuerwehr innert 15 Minuten überall zur Stelle. Das Baselbiet ist aber ein Flächenkanton; immerhin ist gewähr-

leistet, dass bei einem Brand innerhalb von 10 Minuten acht Mann mit bester Ausrüstung vor Ort sind. Die heutige Zusammenarbeit ist sehr eng, auch dank des gemeinsamen Ausbildungszentrums IFA in Balsthal. Nach einem Zusammenschluss mit der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt wird die Toleranz von Arbeitgebern für die Einsätze von Milizfeuerwehrleuten bestimmt nicht zunehmen, und die genauen Orts- und Gebäudekenntnisse bei den zahlreichen Brandmeldeanlagen ist gefährdet.

Beim Bevölkerungsschutz wird die Zusammenarbeit gelebt und kann noch ausgebaut werden. Aber das erst kürzlich verabschiedete neue Gesetz würde wertlos bei einer Fusion.

Veränderungen sollten nicht um der Veränderung willen vorgenommen werden, sondern nur wenn sie sinnvoll sind. Einschränkungen der Gemeindeautonomie lehnt die SVP entschieden ab, ebenso das mit der Initiative angepeilte Ziel einer Wiedervereinigung.

Auch die Freisinnigen halten die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt für bedeutend, so **Daniele Ceccarelli**, und begrüssen deren Ausbau. Dennoch wittert auch die FDP in der Sicherheitsinitiative einen Wiedervereinigungsversuch durch die Hintertür. Die angepeilten Schritte können nur mit Sieben-Meilen-Stiefeln gemacht werden. In Tat und Wahrheit haben aber kleine Schrittlchen zur heutigen, sehr guten Zusammenarbeit geführt.

Die FDP dankt der Regierung für ihre Vorlage und auch für die darin aufgezeigte Arbeit. Der eingeschlagene Weg der intensivierten Zusammenarbeit mit allen umliegenden Kantonen ist weiter zu beschreiten. Die von der Regierung in der Vorlage aufgezeigten Zusammenarbeitsformen sind gut durchdacht und machen Sinn.

In den Bereichen Polizei und Feuerwehr ist es höchst fraglich, ob eine Fusion die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung finden würde – wenn nicht, könnte das Sicherheitsempfinden darunter leiden.

Die politische und organisatorische Überwachung von zusammengelegten Sicherheitsorganismen würde weiterhin von zwei Parlamenten und zwei Verwaltungen ausgehen. Dies würde – solange es noch zwei Basler Kantone gibt – zu schwierigen Synchronisationsproblemen führen. Solche Probleme könnten die Kosteneinsparungsmöglichkeiten, über die auch Spezialisten nur mutmassen können, zunichte machen.

Auf die Befindlichkeiten von Basel-Stadt ist zwar Acht zu geben, aber dies darf auch in umgekehrter Richtung erwartet werden.

Die FDP-Fraktion stimmt gegen die Initiative, legt ihr Augenmerk aber weiterhin auf eine gute, sinnvolle Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung.

Für die CVP/EVP-Fraktion gibt es laut **Matthias Zoller** einen gewaltigen Unterschied zwischen Zusammenlegen und Zusammenarbeiten. Mit Gewalt etwas Grosses bilden zu wollen, ist grundsätzlich ein schlechter Gedanke. Das macht nur dann Sinn, wenn auf der anderen Waagschale ein grosser Gewinn für alle Beteiligten liegt.

Die bestehende enge Zusammenarbeit in den verschiedenen Gebieten ist sehr gut, auch mit AG und SO. Im Bevölkerungsschutz sind die Strukturen (dezentrale Zivilschutzkompanien, Gemeinde- und regionale Führungs-



stäbe laut dem neuen Gesetz), die Gefahren, die Geografie, die politische Verantwortung und die Bevölkerungsverteilung ganz anders als in Basel-Stadt.

Die gute Zusammenarbeit drückt sich sogar in gemeinsamen Polizeipatrouillen aus, selbst mit Beamten aus Deutschland und Frankreich. Nicht sinnvoll ist aber die Bildung eines grossen «Ladens» mit rund zweitausend Mitarbeiter(inne)n, wo doch andere grössere Kantone spezielle Stadtpolizeikorps haben. Weshalb soll eine Zusammenlegung gerade mit jenem Partner angestrebt werden, der als einziger der Nordwest- und Innerschweizer Kantone die geplante Polizeischule in Hitzkirch nicht mittragen will?

Angenommen, es kommt zu einem Einsatz an einer Demo in der Stadt, den ein Baselbieter Kommandant leitet: darf der Landrat dazu dann noch Fragen stellen oder nicht, und wer gibt die Antworten? Oder soll am Schluss doch festgestellt werden, dass solchen Schwierigkeiten nur noch mit einer Wiedervereinigung begegnet werden kann?

Bei der Feuerwehr würde mit der Initiative nur ein neuer Wasserkopf gebildet; und dies nach dem Scheitern von «Unità»!

Bis 2008 ist für die CVP/EVP-Fraktion eine zwangsweise Zusammenlegung nicht sinnvoll, was zu einem Nein führt.

Die Grünen und ihr Sprecher **Kaspar Birkhäuser** befürworten die Sicherheitsinitiative. Wie bei allen Jubiläumsinitiativen unterstützt auch hier die Regierung eigentlich die Stossrichtung, findet dann aber so viele Haare in der Suppe, dass sie nicht Ja sagen kann. Ein bisschen Souveränität mit Basel-Stadt zu teilen, könnte jedoch zu neuen Lösungen verhelfen.

In Sachen Polizei anerkennt die grüne Fraktion, dass die mittelgrosse Organisation der Polizei Baselland mehr Vorteile bietet als eine bi-kantonale grosse Polizei. Hier muss auf Flexibilität, Kostentransparenz und bürgernahe Lösungen gesetzt werden. Alle anderen Einwände und Bedenken, insbesondere die staatspolitischen, sind leichter lösbar. Das Modell «Zusammenarbeit plus» gibt die Richtung vor.

Die Berufs- und die Milizfeuerwehr haben unter einem gemeinsamen Dach Platz. Eine gemeinsame Führung bringt keine Nachteile.

Im Bevölkerungsschutz werden mit einem Zusammenschluss Doppelspurigkeiten aufgehoben und Kosten optimiert.

Die Umsetzung der Sicherheitsinitiative würde keine unüberwindbaren Probleme bereiten und brächte längerfristig Vorteile für beide Halbkantone.

Matthias Zollers Formulierung, dass «mit Gewalt» etwas Neues gebildet werden soll, weist Kaspar Birkhäuser als «dick aufgetragen» zurück. Es geht nicht um Gewalt, sondern um ein demokratisches Verfahren.

Dass im Grossen Rat von Basel-Stadt die bürgerliche Mehrheit für die Jubiläumsinitiativen einsteht, sollte den Landrät(inn)en zu denken geben.

**Eugen Tanner** macht als Einzelsprecher und Mitglied des Initiativkomitees einige grundlegende Bemerkungen zu allen drei Jubiläumsinitiativen.

Der Zusammenarbeits-Ansatz des Komitees ist etwas umfassender, weitergehend, intensiver, griffiger als jener

der Regierung.

Wichtig ist der Blick auf die Landkarte: drei Viertel der EinwohnerInnen der Region leben im Stadtkanton oder dem «Speckgürtel», also den stadtnahen Baselbieter Gemeinden. Die Initiativen wollen die bestehenden Grenzen weder verschieben noch aufheben, sondern überwinden. Der Wiedervereinigungsvorwurf ist arg plump. Gerade ein eigenständiger Kanton kann aus einer Position der Stärke die Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn in Angriff nehmen.

Die Bevölkerung kann oft nicht verstehen, warum auf einem so kleinen Raum so verschiedene Schulsysteme bestehen, wieso sich Politik und Verwaltung in der Spitalplanung so schwer tun und weshalb nicht ein und dieselbe Organisation die Sicherheit gewährleisten kann.

Die Region besteht aus mehr als den beiden Basel; auch die anderen Gebiete müssen in die Zusammenarbeit mit einbezogen werden. Die Initiative lässt das zu.

Der als zu ehrgeizig kritisierte Zeitpunkt 2008 ist machbar. Wesentlich grössere Fusionen in der Region (Beispiel Novartis) wurden kurz und bündig durchgezogen. Ausserdem müssen die Polizisten auch gar nicht 2008 die gleiche Uniform tragen.

Es liegen drei nicht formulierte Initiativen vor, die dem Parlament genügend Spielraum lassen, die Umsetzung vernünftig zu gestalten. Wer etwas will, findet einen Weg. Und wer etwas nicht will, findet tausend Ausreden.

Aufgabe des Parlaments ist es, Zukunft zu gestalten, und nicht Vergangenheit zu zementieren. Der Landrat muss alles unternehmen, damit unsere Region eine starke, schlagkräftige Region bleibt. Das ist mit einer Verbindungsperson «in Bern oben» nicht getan.

Dass sich die Verwaltung mit so weitreichenden Weichenstellungen etwas schwer tut, ist verständlich. Aber die Jubiläumsinitiativen verlangen eine politische Willensäusserung für neue Impulse und einen gemeinsamen Auftritt der Region. Der Landrat soll zustimmen, ansonsten muss das Volk Korrekturen vornehmen.

*[zustimmendes Klopfen von der Ratslinken]*

Keinen Beifall erwartet **Dieter Völlmin**. Den Werbeslogan «Basel tickt anders» persiflierend, behauptet er, die Jubiläumsinitiativen tickten nicht richtig. Sie wurden mit einer grossen Medienkampagne lanciert, als Produkt einer grösseren Basler Zeitung. Das von den Initianten verlangte Modell ist nicht zukunftsweisend.

Der Einfluss des Kantons ginge in wesentlichen Bereichen verloren, denn es geht um Fusionen und Auslagerungen von Staatsaufgaben; daher ist es erstaunlich, dass die ansonsten sehr fusionskritischen Grünen und die SP jetzt dafür sind.

Der Grund für die Zustimmung der Bürgerlichen in Basel-Stadt liegt darin, dass Basel-Stadt von den Initiativen wirtschaftlich profitieren und Baselland zahlen würde.

Die Fusion staatlicher Organisationen klappt nicht, wie die Erfahrung mit dem Universitätskinderspital zeigte. Ein Spital an zwei Standorten funktionierte nicht, zurück wollte man nicht mehr, jetzt gib'ts ein Spital, und dies in Basel-Stadt. Diesen teuren Umweg hätte man sich sparen können.

*[Einwurf von links: «Das haben wir immer gesagt!»]*

Auch die Linken haben manchmal Recht...

*[Gelächter von der Linken]*

...gehabt.

*[Gelächter von den Bürgerlichen]*

Aber jetzt macht man sehenden Auges den gleichen Fehler nochmals: wieder so eine unselige Konstruktion irgendwo zwischen Wiedervereinigung und *Status quo*, nämlich ein Ausgliederungsmodell. Das wird nicht funktionieren, und weil ein Zurück dann nicht in Frage kommt, bleibt als einzige Alternative die Wiedervereinigung.

Das Problem ist nicht die einheitliche Uniformierung; das Problem liegt eine Ebene dahinter, z.B. die verschiedenen *Softwares* in den Verwaltungen. Auch in der Wirtschaft funktionieren viele Fusionen nicht, und wo sie funktionieren, muss etwa ein Jahresumsatz zurückgestellt werden für die Fusionskosten.

Wird die Verwaltung belastet mit solchen Grossbaustellen, dann wird das Regierungsprogramm für die nächste Legislatur zur Makulatur für die JPMD, die VSD und die BKSD, weil schlicht und einfach die Verwaltung für solche Projekte keine Ressourcen hat.

Es gibt Argumente für die Wiedervereinigung, es gibt Argumente für zwei Kantone in der heutigen Form; aber es gibt keine Argumente für die Jubiläumsinitiativen.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** will sich kurz fassen und keine Argumente mehr wiederholen. Die Sicherheitsinitiative ist gut gemeint, aber schlecht durchdacht. Sie trägt nicht zu einer Verbesserung der Sicherheitslage bei, sondern macht alles teurer und komplizierter. Der Sicherheit ist nicht gedient, wenn die Basler Staatsanwaltschaft nach einem Einbruch bei Herrn Buess in Gelterkinden Spuren sichern muss oder wenn Frau Huber am Spalenter mit einem Tram zusammenstösst und eine Verkehrspatrouille aus Sissach ausrückt.

*[lebhaftes Unmutsbekundungen von der Ratslinken]*

Zwei Lebensweisheiten dienen als Leitplanken:

1. «Für eine Sache verantwortlich sein, heisst bestimmen können». Führen heisst lenken und den Vollzug überwachen; eine solche Führung ist nicht teilbar. Es käme zu Zuordnungsschwierigkeiten: Wer ist zuständig für die Aufsicht über die Polizei, welchem Parlament obliegt die Oberaufsicht? Was wäre, wenn die Parlamente oder Regierungen unterschiedliche Auffassungen hätten? Diese Fragen lässt die Initiative offen.

2. «Gross bedeutet nicht immer auch besser». Längst nicht alle Fusionen in der Wirtschaft waren erfolgreich. Bei einer Polizeifusion entstünde ein übergrosses Korps, welches schwierig zu führen und unflexibler wäre. Die Feuerwehren sind so unterschiedlich organisiert, dass ein Zusammenschluss kaum möglich ist.

Im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags hat die Regierung unter dem Stichwort «Zusammenarbeit plus» Wege der weiter zu intensivierenden Kooperation aufgezeigt. Diese Vorschläge sollen keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern der Basler Regierung unterbreitet werden.

Der Landrat soll die Baselbieter Eigenständigkeit nicht zu Gunsten diffuser Gebilde aufgeben, deren Nutzen für die Bevölkerung und die Sicherheitslage auch bei wohlwollender Prüfung nicht gegeben ist.

Der **Landratspräsident** teilt mit, dass zum Antrag 2 die

namentliche Abstimmung verlangt wurde.

*Abstimmung: Antrag 1*

://: Die nicht formulierte Sicherheitsinitiative wird für gültig erklärt.

*Abstimmung: Antrag 2*

://: Die nicht formulierte Sicherheitsinitiative wird mit 50 Nein- gegen 26 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ja-Stimmen:

SP: Abt, Brassel, Halder, Helfenstein, Hintermann, Huggel, Jäggi, Joset, Küng, Marbet, Meschberger, Rudin, Rüegg, Schmied, Stöcklin, Svoboda, Ziegler

CVP/EVP: Corvini, Tanner

Grüne: Birkhäuser, Göschke, Maag, Morel, Reber, Schoch, Wiedemann

Nein-Stimmen:

SP: Hilber, Schweizer

SVP: de Courten, Gerber, Grollmund, Haas, Hasler, Hess, Holinger, Jordi, Krähenbühl, Liechti, Ringgenberg, Ryser, Straumann, Thüring, Völlmin, Willmann, Wirz, Wullschleger

FDP: Anderegg, Ceccarelli, Frey, Gutzwiller, Kunz, Mangold, Musfeld, Nufer, Richterich, Rufi, Schäfli, Schär, Schenk, Schneeberger, Schulte, Van der Merwe, Wenk, Zihlmann

CVP/EVP: Augstburger, Bachmann, Franz, Jermann, Rohrbach, Schneider, Simonet, Steiner, Zoller

SD: Blatter, Keller, Steiger

Enthaltungen:

SP: Chappuis, Degen, Nussbaumer

CVP/EVP: Jourdan, Schuler

*Abstimmung: Antrag 3*

://: Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird mit 48 zu 27 Stimmen empfohlen, die nicht formulierte Sicherheitsinitiative abzulehnen.

**Landratsbeschluss**

### zur nicht formulierten Sicherheitsinitiative

Vom 19. Februar 2004

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nicht formulierte Sicherheitsinitiative wird für gültig erklärt.
2. Die nicht formulierte Sicherheitsinitiative wird abgelehnt.
3. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird empfohlen, die nicht formulierte Sicherheitsinitiative abzulehnen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

\*

Nr. 416

### Mitteilungen

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** erinnert daran, dass laut Beschluss der Ratskonferenz die Sitzung so lange fortgesetzt wird, bis Traktandum 8 zu Ende behandelt ist. Er bittet um aufmerksames Zuhören, um Wiederholungen zu vermeiden.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

\*

Nr. 417

### 6 2003/272, 2003/272A

#### Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Erziehungs- und Kulturkommission vom 6. Februar 2004: Nicht formulierte Bildungsinitiative

Der Präsident der Erziehungs- und Kulturkommission **Karl Willmann-Klaus** lässt die Kommissionsberatung vom 18. Dezember 2003 Revue passieren. Damals wurde festgestellt, dass der Wortlaut der Initiative («...gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt [...] eine angegliche gesetzliche Grundlage für das Bildungswesen zu schaffen...») in der regierungsrätlichen Vorlage falsch wiedergegeben wurde («...eine gemeinsame gesetzliche Grundlage für das Bildungswesen zu schaffen...»). Im Bereich Fachhochschulen/Universität setzten die Initianten als Stichdatum den 1. Januar 2008 und nicht, wie in der Vorlage angegeben, den 1. Januar 2006 fest. Daraufhin wurden die Beratungen unterbrochen, und am 13. Januar 2004 reichte die Regierung eine korrigierte Vorlage ein. Wegen dieser *Troubles* musste die EKK das Geschäft vier Mal beraten. Die Differenz zwischen den zwei Textversionen ist materiell aber nicht all zu gross.

Seitens der LehrerInnen ist eine gewisse Reform-Müdigkeit

festzustellen, stecken sie doch noch mitten in der Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes. Auch die Baselbieter Standesinitiative zur Harmonisierung der Schulsysteme auf gesamtschweizerischer Ebene ist noch pendent. Einige Kommissionsmitglieder betrachten auch die Bildungsinitiative als indirekten Wiedervereinigungsversuch, was die Vertreter des Initiativkomitees allerdings von sich wiesen.

Die Forderung nach einem einheitlichen Schulsystem in den beiden Basel stiess in der Kommission auf Widerstand, weil in Baselland die Bereitschaft zu einer Angleichung an Basel-Stadt fehlt, und gab den Ausschlag für die ablehnende Haltung der Regierung. Die Idee eines – erst grob skizzierten, sich aber an der Baselbieter Standesinitiative orientierenden – partnerschaftlichen Gegenvorschlags wurde von der Basler Regierung und der Regio-Kommission Basel-Stadt mit Verständnis aufgenommen. Dieser Gegenvorschlag hat zur Folge, dass die Bildungsinitiative aus dem Gesamtpaket der Abstimmung vom 16. Mai herausgebrochen werden muss. Dazu signalisierten sowohl die Initianten als auch die SVP ihre Zustimmung, wenn auch mit Bedauern.

Die EKK beschloss mit 8:2 Stimmen, die Rückweisung an die Regierung zu beantragen mit dem Auftrag, mit Basel-Stadt bis zum 30. August 2004 einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Landrat vorzulegen.

**Elsbeth Schmied** hält namens der Sozialdemokrat(inn)en fest, trotz schlechter Vorzeichen bleibe der wertvolle Hauptgedanke der Initiative die Weiterentwicklung der Partnerschaft im Bildungswesen.

Die Idee eines Gegenvorschlags als partnerschaftlichem Geschäft mit Basel-Stadt ist zu begrüssen. Dies ist im Sinne der Initiative. Da der Gegenvorschlag inhaltlich auf der vom Nationalrat unterstützten Baselbieter Standesinitiative (Vorlage 2002/011) aufbauen soll, ist dem zentralen SP-Anliegen, die Koordination des Bildungswesens voranzutreiben, Genüge getan. In eine ähnliche Richtung geht das Projekt HARMOS der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz.

Die baselstädtische Regio-Kommission misst der heutigen Landratssitzung grosse Bedeutung zu, beantragt sie dem Grossen Rat am 10. März doch, gleich zu beschliessen wie das Baselbieter Parlament.

Anders als die Baselbieter Regierung mit ihrer ablehnenden Haltung würde die Basler Regio-Kommission die Initiative zur Annahme empfehlen, falls der Landrat die Variante Gegenvorschlag ablehnen sollte. Bei einem Gegenvorschlag hätte das Volk die Wahl. Wenn es – was zu hoffen ist – zur Initiative *oder* zum Gegenvorschlag Ja sagt, wären wir weiter als bei einem Nein am 16. Mai. Diese Chance will die SP beim Schopf packen und ist deshalb grossmehrheitlich für Rückweisung im Sinne der Kommissionsanträge.

Für die SVP-Fraktion signalisiert **Sylvia Liechti** einstimmige Zustimmung zu den Anträgen der EKK.

Auch **Urs Kunz** macht's kurz. Die Bildungspolitik der beiden Basel, so findet die freisinnige Fraktion, ist auf dem richtigen Weg (Uni-Autonomie, FHBB), die Basler Regierung ist einverstanden mit der Ausarbeitung eines Gegen-

vorschlags, und die FDP will auf keinen Fall das exotische Schulsystem von Basel-Stadt übernehmen. Also stimmt die Fraktion ebenfalls im Sinne der Kommissionsanträge.

**Christian Steiner** erinnert an die Einladung der Laufentaler Wirtschaftsförderung um 14.30 Uhr an der Muba und fasst sich daher knapp: Die CVP/EVP-Fraktion wird den Anträgen der EKK zustimmen. Die Initiative birgt die Gefahr des Tanzes auf zwei Hochzeiten (Jubiläumsinitiative und Standesinitiative), der Gegenvorschlag jedoch legt das Schwergewicht auf die gesamtschweizerische Koordination.

Wie die grüne Fraktion steht auch ihr Sprecher **Jürg Wiedemann** hinter der Bildungsinitiative. Die Grünen möchten alle drei Jubiläumsinitiative am 16. Mai den Stimmenden vorlegen und sprechen sich daher gegen eine Rückweisung aus. Diese würde nur die unnötige Verschleppung einer sinnvollen regionalen Harmonisierung des Bildungssystems bedeuten. Die laufende Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes im Baselbiet bietet eine optimale Gelegenheit, mit Basel-Stadt zu kooperieren und die Lehrpläne wo nötig anzupassen. Zwei stark unterschiedliche Bildungssysteme (unterschiedliche Anzahl Schuljahre bis zur Matur, andere Primarschuldauer, völlig verschiedene Lehrpläne) haben schwerwiegende Nachteile, vor allem für SchülerInnen, welche den Wohnkanton wechseln müssen. Auf die Lösung dieser Fragen soll sich die Diskussion jetzt konzentrieren. Beide Schulsysteme sind nicht optimal und müssen kritisch hinterfragt werden. Niemand behauptet aber, das Baselbiet müsse das Basler System übernehmen. Dagegen wehren sich auch die Grünen; die Einführung des Niveauunterrichts an der Basler WBS bedeutet eine erste Annäherung der Stadt an das Landchäftler System. Die Angst der Baselbieter Bürgerlichen vor der Einführung einer Orientierungsstufe ist völlig unbegründet. Auf dem Weg zu einem optimalen Schulsystem muss sich Basel-Stadt eindeutig mehr bewegen als der Landkanton.

Der Gegenvorschlag ist unnötig, denn die Initiative verlangt nur angegliche – nicht: gleiche – Gesetzesgrundlagen. Die Basler Regierung unterbreitete im Oktober 2003 ein solches Vorgehen, was der Baselbieter Regierungsrat ablehnte. Der Zug für einen Gegenvorschlag ist damit definitiv abgefahren.

Die Angleichung der regionalen Schulsystem darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die mittels der Standesinitiative verlangte eidgenössische Harmonisierung dürfte in Anbetracht der 26 verschiedenen kantonalen Schulsysteme Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern.

Regierungsrat **Urs Wüthrich** spricht von einer «Panne als Chance»: statt eines reinen Entweder-Oder ist nun dank des Gegenvorschlags ein gemeinsames Vorgehen möglich. Es soll nicht bei Absichtserklärungen bleiben, vielmehr kann nun auch über die beiden Basel hinaus gedacht werden.

Wichtig bleibt zu betonen, dass eine Zustimmung zur Erarbeitung eines Gegenvorschlags noch nicht den Rückzug der Initiative zur Folge hat – darüber müssen die Initianten entscheiden –, und es wird dem Inhalt eines Gegenvorschlags auch noch nicht materiell vorgegriffen.

Der Bildungsdirektor teilt Jürg Wiedemanns Zielsetzung, schätzt aber den Weg dorthin anders ein. Mit der Variante Gegenvorschlag geht keine Zeit verloren, sondern die Chance auf ein Vorwärtskommen sind intakter, das Risiko eines Scherbenhaufens hingegen ist geringer.

*Abstimmung: Antrag 1*

*://: Vom Bericht des Regierungsrates zur der korrigierten Fassung der Jubiläumsinitiative Bildung wird Kenntnis genommen.*

*Abstimmung: Antrag 2*

*://: Die Vorlage wird mit grossem Mehr an den Regierungsrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäfts bis zum 30. August 2004 einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dem Landrat vorzulegen.*

*Abstimmung: Antrag 3*

*://: Der Landrat beschliesst, der Inhalt dieses Gegenvorschlags soll sich einerseits an der Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Koordination der kantonalen Bildungssysteme (Vorlage Nr. 2002/011 vom 22. Januar 2002) orientieren und andererseits prioritär die Harmonisierung der Schulsysteme in der Nordwestschweiz zum Ziel haben.*

### **Landratsbeschluss zur nicht formulierten Spitalinitiative**

*Vom 19. Februar 2004*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Die nicht formulierte Spitalinitiative wird für gültig erklärt.*
- 2. Die nicht formulierte Spitalinitiative wird abgelehnt.*
- 3. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nicht formulierte Spitalinitiative abzulehnen.*

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

\*

Nr. 418

### **7 2003/270**

#### **Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 28. Januar 2004: Nicht formulierte Spitalinitiative**

In die Vorlage zur Spitalinitiative habe sich kein Textfehler eingeschlichen, bemerkt **Rita Bachmann** als Präsidentin der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission ein-

leitend. Die Initiative verlangt, dass «spätestens ab dem 1. Januar 2008 die kantonalen Spitäler mit denjenigen des Kantons Basel-Stadt als zusammengefasste Organisation mit einheitlicher Leitung gemeinsam zu führen» sind.

Beide Kantone befassen sich seit der Behandlung der UKBB-Vorlage und der gemeinsamen Spitalplanung intensiv mit der regionalen Spitalpolitik. Das Zusammengehen unterschiedlicher Spitäler aus verschiedenen Kantonen ist ein äusserst anspruchsvolles Unterfangen, falls es sich überhaupt als beste Möglichkeit erweisen sollte. Die zeitliche Vorgabe ist kaum realisierbar.

Die drei Baselbieter Kantonsspitäler stellen eine gute Grund- sowie eine erweiterte Grundversorgung sicher und verfügen über eine klare Kostenstruktur. Das Kantonsspital Basel als Zentrums- und Universitätsspital hingegen hat eine Kostenstruktur, die im Bereich «Lehre und Forschung» und bei den hochspezialisierten Dienstleistungen erst noch transparent gemacht werden muss.

Eine kleine Kommissionsmehrheit teilt die Meinung des Regierungsrates, dass ein Spitalverbund zur Zeit nicht oportun ist und schlanke operative Einheiten speziell im Bereich der Grund- und der erweiterten Grundversorgung günstiger sind. Weil die Baselbieter Spitäler nur 61 % der von der eigenen Bevölkerung benötigten Dienstleistungen abdecken, bewegt sich der Landkanton stark unter dem Schweizer Schnitt von 87 %. Das heisst, Baselland kauft sich seit langem einen grossen Teil seines Bedarfs im Stadtkanton ein. Selbstverständlich soll Baselland auch weiterhin die Medizinische Fakultät und die Universität stützen und mittragen und Spitzenmedizin wann immer möglich in Basel-Stadt einkaufen – wobei jedoch die Kostenstruktur transparent werden muss.

Die Kommission lehnt mit 6:5 Stimmen die Initiative ab.

Als SP-Fraktionssprecherin ergreift **Sabine Stöcklin** das Wort. Sie gibt zu bedenken, dass, wer jetzt nicht im Saal ist, ihre visionäre Rede zur Spitallandschaft verpasse.

[Heiterkeit]

Die SP befürwortet ein enges Zusammengehen der beiden Kantone im Gesundheitswesen und steht darum hinter der Spitalinitiative. Leitmotiv der Weiterentwicklung der regionalen Spitallandschaft soll der Erhalt der Medizinischen Fakultät und der universitären Medizin in der Region Basel sein.

Das Bekenntnis der Baselbieter Regierung zur regionalen Spitalplanung und zur Medizinischen Fakultät ist bisher nur halbherzig. Die Nordwestschweiz muss im Spitalwesen unverzüglich enger zusammenarbeiten, damit am Jura-Nordfuss weiterhin ein spitzenmedizinisches Zentrum und eine Medizinische Fakultät zu rasonablen Bedingungen angeboten werden können. Die Spitalinitiative legt dafür einen wichtigen Grundstein.

Es ist kurzsichtig, bezüglich Kostenentwicklung im Gesundheitswesen mit dem Finger auf Basel-Stadt zu zeigen und mit dem Leistungseinkauf in anderen spitzenmedizinischen Zentren zu drohen. Die baselstädtische Bevölkerung zahlt auch nicht nur mit Freude ihre hohen Steuern und Krankenkassenprämien, womit sie überproportional universitäre Leistungen in der Medizin mitfinanziert. Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die von Isaac Reber zitierten Bevölkerungsprognosen des Bundesamts für Statistik: sie gehen für die nächsten Jahrzehnte

von einem deutlichen Bevölkerungsrückgang für Basel-Stadt, von einem kleinen für Baselland aus. Gerade für den Stadtkanton wird es also immer schwerer, alleine und mit kleiner werdender Bevölkerung ein universitäres spitzenmedizinisches Angebot zu halten. Diese demographische Sachlage sollte auch der SVP Eindruck machen, denn sie ist mit ein Grund für das von Karl Willimann und Dieter Völlmin erwähnte Muster, dass Basel-Stadt immer mehr Geld braucht. Deshalb werden die BaselbieterInnen eingeladen, sich in Weitsicht zu üben, auf die tourismusgeförderten Jura-Hügel zu steigen und über die Zukunft der Nordwestschweiz mit ihrem urbanen Zentrum Basel – dem Zuhause der wertschöpfungsstärksten Industrie der Nordwestschweiz, nämlich der *Life-Sciences*- und der Pharmabranche – nachzudenken.

Die SP verlangt von der Regierung eine Umkehr in der spitalpolitischen Verhandlungsführung. Im Bewusstsein der wirtschaftspolitischen Bedeutung der *Life-Sciences*-Strategie, zu der die universitäre Medizin gehört, ist mit der Basler Regierung an der Entwicklung gemeinsamer Spitalplanungs-, Spitalführungs- und Spitalfinanzierungslösungen und einer gemeinsamen Trägerschaft der Universität zu arbeiten. Das ist nicht nur für kranke und verunfallte Menschen von vitaler Bedeutung, sondern auch wirtschaftspolitisch. Das Stimmvolk kann diesen Kurs im Mai an der Urne bestimmen.

Der laufende nationale Restrukturierungsprozess im Bereich der medizinischen Fakultäten gefährdet den Standort Basel: In einem Strategiepapier von Charles Kleiber von der Gruppe «Wissenschaft und Forschung» unter Bundesrat Couchepin wurde die hiesige Medizinische Fakultät einmal gänzlich weggelassen. Der Zürcher FDP-Nationalrat Felix Gutzwiller hat letzten Sommer geäussert, in fünf bis zehn Jahren würden nur noch drei medizinische Fakultäten in der Schweiz betrieben. Das Hearing der VGK mit einem Bundesvertreter zu diesem Thema hat aufgezeigt, dass diese Überlegungen beim Bund unter dem Titel «*Modèle à trois*» ernsthaft verfolgt werden und auf der Vorgabe von rund zwei Millionen EinwohnerInnen pro Fakultät gründen. Eine Fakultät in der Romandie ist ebenso gesetzt wie eine im Grossraum Zürich. Wo aber bleibt die Nordwestschweiz? Und wie wehrt sich die Bundeshauptstadt Bern? Es braucht nun Solidarität und Kooperation zwischen den beiden Basel und nicht Streit bzw. Schadenfreude darüber, dass der Stadtkanton alleine ein Problem zu lösen hat. Ein geeintes Vorgehen ist effizienter und kostengünstiger als der Unterhalt einer Lobbyagentur in Bern, wie es der Partnerschaftsbericht vorschlägt.

Überhaupt muss sich die randständige Nordwestschweiz anstrengen, um gegen die Sogwirkung des geeinten Mittellands und des Grossraums Zürich anzukommen; erinnert sei an die Abwertung des Radiostudio Basel, den Wegzug der Banken in Richtung «*Downtown Switzerland*» oder an die Post-Restrukturierung.

Die Nordwestschweiz ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum; daher braucht es Freizügigkeit im Spitalwesen, kurze Wege, effiziente Leistungserbringung und Konkurrenzfähigkeit im nationalen Standortwettbewerb. Das geht einfacher gemeinsam.

Die Fusionsmühen, welche eine Annahme der Spitalinitiative bringen wird, müssen in Kauf genommen werden.

Die Bildung eines Spitalverbunds oder eines Universitäts-spitals beider Basel ist kein Sonntagsspaziergang. Aber diese staatspolitische Herausforderung ist anzunehmen. Was beim UKBB möglich war, ist auch bei der Erwachsenenmedizin anzustreben, mit dem Ziel, die universitäre Spitzenmedizin in der Nordwestschweiz zu erhalten.

**Jörg Krähenbühl** als Sprecher der SVP-Fraktion erinnert an den Grundsatz, dass eine Fusion nur bei einer *Win-win*-Situation Sinn macht. Bei einem Ja zur Spitalinitiative wird es aber wenige Gewinner geben und schon gar nicht in unserem Kanton. Es kommt nämlich zu einem Kostenschub, der nur mit einer Steuererhöhung aufgefangen werden kann. Das können gewählte Volksvertreter nicht wollen.

Bei einer Annahme erhielte eine neue, nur sehr schwer lenkbare Organisation einen Freipass. Die SVP steht daher voll hinter der Regierungsstrategie mit den Eckwerten:

- Sicherstellung der Grundversorgung in unserem Kanton,
- Erhalt der Medizinischen Fakultät,
- weitere enge Zusammenarbeit mit der Region (also BS, SO und AG).

Dies ist der richtige Weg, und darum lehnt die SVP die Spitalinitiative ab.

Alle drei Initiativen regen, so findet FDP-Fraktionschef **Paul Schär**, zum Nachdenken an. Das ist positiv, aber trotzdem ist die Spitalinitiative abzulehnen.

Die Freisinnigen wollen das Ganze weniger visionär, sondern vielmehr pragmatisch angehen. Den in der Presse erhobenen Vorwurf, wer gegen die Initiative ist, sei gegen die Partnerschaft, weisen sie zurück. Im Spitalsektor läuft schon einiges; vielleicht wird es schlecht kommuniziert:

So liegt das Bekenntnis vor zur koordinierten regionalen Spitalplanung – die FDP hat in der VGK eine Vernetzung der entsprechenden Berichte von BL und BS gefordert –, zum UKBB gab es ein klares Ja (weil es sich dort, trotz aller Unbekannter, um eine überblickbare Grösse handelte), und es kam klar zum Ausdruck, dass das Baselbiet fast 40 % seiner medizinischen Bedürfnisse in Basel einkauft. Auch zur Medizinischen Fakultät steht die FDP und kündigt entsprechende Vorstösse an.

Es werden klar Gemeinsamkeiten mit Basel-Stadt gesucht; der vorgeschlagene Riesen-Verbund ist aber abzulehnen. Darum ist die Initiative überflüssig.

Wie **Paul Rohrbach** erklärt, sei auch die CVP/EVP-Fraktion trotz ihres Herzbluts für die Zusammenarbeit nach eingehender Auseinandersetzung mit der Materie zu einem Nein gekommen.

Das Ziel der Initianten ist die Errichtung einer Grossorganisation, was allein keine Gewähr bietet für gute Ergebnisse. Grösse führt zu Machtkonzentration und Monopolbildung. Die kommende KVG-Revision jedoch postuliert schlankere Strukturen, und aus der Wirtschaft ist bekannt: Holdingstrukturen sind teuer und intransparent. Es schleckt keine Geiss weg, das Baselland auf einen Schlag und dauerhaft Mehrkosten tragen müsste, ohne einen Mehrwert zu bekommen.

Der Strategiebericht zur Spitalversorgung ist eine ausgezeichnete Grundlagenarbeit der Regierung, auf deren

Basis nun im Spitalbereich mit den Partnerkantonen weiter diskutiert werden kann.

**Madeleine Göschke-Chiquet**, die Sprecherin der grünen Fraktion, bittet vorab Paul Schär, dass sich die FDP nicht mit fremden Federn schmückt. Die Forderung nach einem gemeinsamen Spitalplanungsbericht von Basel-Stadt und -Land haben in der VGK die Grünen zuerst gestellt, erst an der nächsten Sitzung haben sich die Freisinnigen diesen Vorschlag zu Eigen gemacht. Darüber freuen sich die Grünen.

Die Regierung fasst die Stärken der Spitalinitiative mit Begriffen wie «Führung vereinheitlichen», «Dienstleistungsangebot optimieren» und «Kosten senken» zusammen. Genau aus diesen Gründen ist die grüne Fraktion für die Initiative und glaubt daran, dass sich langfristig die Kosten senken lassen.

Die angeblichen Schwächen der Initiative sind hingegen haltlos. So spricht niemand von einem einzigen «Spital beider Basel». Es ist allen klar, dass es nur um die Schaffung einer gemeinsamen Dachorganisation und einer gemeinsamen Leitung eines Spitalverbunds geht. Die Regierung wählt aber solche tendenziösen Formulierungen, weil sie damit suggerieren will, bei der Spitalinitiative handle es sich um ein überdimensioniertes, unrealistisches Projekt. Die angebliche Erschwerung der interdisziplinären Zusammenarbeit und der gesamtschweizerischen Schwerpunktbildung, die Verwischung der Verantwortlichkeiten und hohe Fusionskosten sind ebenfalls Unterstellungen des Regierungsrats: Genau das Gegenteil ist wahr.

Ein Zusammenschluss führt zu einer betriebswirtschaftlichen Optimierung des Angebots, zur besseren Nutzung von Synergien und zur langfristigen Kostenreduktion.

Der Landrat muss sich auch bewusst sein, wie seine Stellungnahme zur Spitalinitiative in der übrigen Schweiz wahrgenommen wird. Eine Zustimmung wäre ein verbindliches Ja zur Medizinischen Fakultät und zum Standort Basel im Verteilungskampf der gesamtschweizerischen medizinischen Schwerpunktbildung. Eine Ablehnung hätte genau die gegenteilige Wirkung. Die Erhaltung der Medizinischen Fakultät und der klinischen Forschung ist von immenser Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz. Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren und ein klares Signal nach Bern zu schicken, wo der Entscheid über die künftigen Standorte medizinischer Fakultäten fällt. Mit zu viel «Mir-wei-luege»-Mentalität ist es bald zu spät. Die Grünen befürworten die nicht formulierte Initiative, die den Regierungen viel Verhandlungs- und Gestaltungsfreiraum lässt.

An die Adresse von Sabine Stöcklin bemerkt **Isaac Reber**, es sei unzutreffend, dass er die Bevölkerungsprognosen des Bundesamts für Statistik zitiert habe. Er hinterfragt die Aussagen dieser Prognose nicht nur wegen des langen Prognosezeitraums von vierzig Jahren.

Wenn es beispielsweise heisst, unsere Gesamtregion verliere langfristig EinwohnerInnen, so ist dies nicht unter einen Hut zu bringen mit dem Umstand, dass die Nordwestschweiz seit vielen Jahren die am stärksten wachsende Wirtschaftsregion der Schweiz ist. Bisher wurde die Prognose noch gar nicht vollständig publiziert. So wird bei einem ebenfalls untersuchten positiven Szenario der Stadt

Basel ein Wieder-Überschreiten der 200'000er-Grenze vorausgesagt.

Bevölkerungsprognosen können eine wichtige Planungsgrundlage sein, aber Isaac Reber würde sie nicht ohne vorgängige gründliche Prüfung und Hinterfragung zitieren.

**Karl Willimann-Klaus** zählt kurz auf: Basel-Stadt hat trotz Bevölkerungsrückgangs sieben Spitäler, Baselland trotz 80'000 Einwohner(inne)n mehr deren drei. Das Basel-Stadt mindestens ein Spital zu viel hat, ist kein Geheimnis. Deshalb kommt auch dauernd das Bruderholzspital ins Visier. Bei einer Fusion ist leicht auszurechnen, welches Spital inkl. Personal unter die Räder kommen würde.

Regierungsrat **Erich Straumann** ist überzeugt, dass die Spitalpolitik ein nachmittagsfüllendes Thema wäre, will sich aber wegen der fortgeschrittenen Zeit kurz fassen.

Zwar lässt die Initiative einen Spitalverbund mit mehreren Standorten zu. Aber die Erfahrungen mit dem UKBB haben gezeigt, dass das nicht funktioniert; also wird es in der Erwachsenenmedizin auch nicht besser klappen, schon gar nicht mit sieben oder acht Standorten.

Die Schaffung eines Verbundes bedeutet eine Auslagerung der Spitäler; dies ist der Grund, warum sich im Basler Grossen Rat die Linke dagegen wehrt. Der Einfluss des Parlaments würde beschnitten, und der Landrat könnte wieder «brüele» wie bei der Post-Reorganisation.

**Sabine Stöcklin** stellt zu Handen von Kaspar Birkhäuser richtig, dass die Grossratsfraktion der SP Basel-Stadt die Jubiläumsinitiativen grossmehrheitlich befürwortet.

Zum Stichwort «Ausgliederung» sagt der Initiativtext nichts; die Spitalleitung kann genauso gut in der Verwaltung eingegliedert bleiben.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gibt bekannt, dass zum Antrag 2 namentliche Abstimmung verlangt ist.

*Abstimmung: Antrag 1*

://: Die nicht formulierte Spitalinitiative wird für gültig erklärt.

*Abstimmung: Antrag 2*

://: Die nicht formulierte Spitalinitiative wird mit 45 Nein- zu 29 Ja-Stimmen abgelehnt.

Ja-Stimmen:

SP: Abt, Brassel, Chappuis, Degen, Halder, Helfenstein, Hilber, Huggel, Joset, Marbet, Meschberger, Münger, Nussbaumer, Rudin, Rüegg, Schmied, Schweizer, Stöcklin, Svoboda, Ziegler

FDP: Musfeld

CVP/EVP: Corvini, Tanner

Grüne: Birkhäuser, Göschke, Morel, Reber, Schoch, Wiedemann

Nein-Stimmen:

SVP: de Courten, Gerber, Grollmund, Haas, Hasler, Hess,

Jordi, Krähenbühl, Liechti, Ringgenberg, Ryser, Straumann, Thüring, Völlmin, Willimann, Wirz, Wullschleger  
FDP: Anderegg, Ceccarelli, Gutzwiller, Kunz, Mangold, Nufer, Richterich, Rufi, Schäfli, Schär, Schenk, Schneeberger, Schulte, Van der Merwe, Wenk, Zihlmann  
CVP/EVP: Augstburger, Bachmann, Franz, Jermann, Jourdan, Rohrbach, Schneider, Simonet, Steiner, Zoller  
SD: Keller, Steiger

*Abstimmung: Antrag 3*

://: Den Stimmberechtigten wird mit 46:27 Stimmen empfohlen, die nicht formulierte Spitalinitiative abzulehnen.

*Für das Protokoll:*

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

\*

Nr. 419

**8 2004/019**

**Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CVP/EVP-Fraktion vom 5. Februar 2004: Überprüfung der Ombudsman-Stelle**

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** erklärt, für das Büro bedeute die Entgegennahme des Verfahrenspostulats noch nicht automatisch die Abschaffung der Ombudsstelle; es kann auch sein, dass die mit der Abklärung beauftragte Spezialkommission neue Wege der Ausübung dieser Aufgabe erörtert, beispielsweise einen externen Auftrag, eine Teilzeitstelle oder sogar eine Erhöhung der Stellenprozentage. Das Büro erachtet es, auch im Sinn der Generellen Aufgaben-Überprüfung, als falsch, dem Anliegen von drei Fraktionen schon nur die Überprüfung zu verweigern. Das Büro ist daher bereit zur Entgegennahme des Verfahrenspostulats und zur Erteilung des Auftrags an die Spezialkommission.

Wie seine sozialdemokratischen Fraktionskollegen findet **Ruedi Brassel**, das Verfahrenspostulat komme zu spät. Für eine Änderung der Ausstattung des Ombudsmans ist eine Gesetzes-, für die Abschaffung sogar eine Verfassungsänderung nötig. Die Stelle zu überprüfen, ist sowieso Aufgabe der Spezialkommission. Das Verfahrenspostulat stellt aber die Institution Ombudsman insgesamt in Frage; dafür wäre eine Motion das richtige Instrument.

Die Ombudsstelle darf nicht, wie es die Postulanten verlangen, ausgesetzt werden – dies wäre verfassungswidrig. Die Spezialkommission hat ihre Arbeit so zu gestalten, dass eine Wiederbesetzung des Ombudsman-Postens auf den ordentlichen Termin, d.h. per 1. November 2004, möglich ist. Die drei bürgerlichen Fraktionen werden daher gebeten, den letzten Satz im vorliegenden Verfahrenspostulat wegzulassen.

Inhaltlich gäbe es viel zu sagen pro Ombudsman. Die Entwicklung hat gezeigt, dass es ein effizientes Instrument zur Konfliktbewältigung und -vermeidung ist, sowohl für private als auch für Staatsstellen. In vielen anderen

Bereichen, auch in der Privatwirtschaft, werden weiter neue Ombudsstellen geschaffen. Vielleicht gibt es im Baselbiet gerade *dank* des guten Funktionierens der Ombudsstelle kaum gravierende Probleme mit der Verwaltung. Die tragischen Ereignisse in Zug 2001 zeigten die Wichtigkeit von staatlichen Anlaufstellen auf. Es wäre falsch, jetzt den Ombudsman in Frage zu stellen und somit ein unverständliches Signal zu setzen.

**Jörg Krähenbühl** erinnert die linke Ratsseite daran, dass das Verfahrenspostulat unter anderem deshalb so spät beraten wird, weil ihm vor vierzehn Tagen die Dringlichkeit verweigert wurde.

Vor der Neubesetzung eines solchen Postens ist es legitim, sich zu fragen, ob diese Stelle in ihrem jetzigen Umfang noch zeitgemäss ist oder ob ihr – nach einer Lagebeurteilung – neue Aufgaben zugewiesen oder gewisse Kompetenzen weggenommen werden sollen. Namens der CVP/EVP-, der FDP- und der SVP-Fraktion bittet Jörg Krähenbühl um die Überweisung dieses Verfahrenspostulats.

Für die Ablehnung setzt sich **Etienne Morel** ein. Die Institution des Ombudsmans ist eine vom Volk beschlossene, sehr wichtige Institution, in der Verfassung als vierte Gewalt verankert. Sie dient als Anlaufstelle vor allem für die Bevölkerung aus bescheidenen Verhältnissen, sie fördert die Beziehung zwischen Volk und Verwaltung und arbeitet auf eine gute Zusammenarbeit hin. Der Ombudsman hört zu, er hilft, Probleme dort, wo sie entstehen, konsensorientiert anzupacken, und verhindert kostspielige Gerichtsprozesse.

Die Optimierung einer frei werdenden Stelle macht Sinn; das ist sowieso der Auftrag. Das Verfahrenspostulat hat aber genau das Gegenteil zum Ziel. Unter dem Deckmantel «Prüfen und Berichten» soll es die Abschaffung der Ombudsstelle vorbereiten. Es ist suboptimal, diesen Auftrag an jene Kommission zu übergeben, die laut Gesetz mit der Wahl eines/einer neuen Ombudsmans/Ombudsfrau beauftragt ist.

Eine saubere Auswertung in der kurzen Zeit vorzunehmen, ist kaum möglich. Bei einer Stellenabschaffung wird eine Verfassungsänderung, d.h. eine Volksabstimmung nötig. Okay wäre eine nicht-politische, externe Evaluation.

**Hannes Schweizer** konstatiert, dass die Standpunkte recht nahe beieinander sind. Ein Ja zum Verfahrenspostulat muss nicht heissen, dass die Ombudsstelle gebodigt werden soll. Das wird den bürgerlichen Parteien auch nicht unterstellt. Die SP ist nicht gegen die Überprüfung der Stelle und ihrer Ausstattung. Als Kompromiss mögen die Bürgerlichen bitte auf den letzten Satz, dass bis zum Entscheid des Landrats «die Wiederbesetzung der Ombudsman-Stelle» auszusetzen sei, verzichten.

Wollen die bürgerlichen Parteien den Ombudsman nun abschaffen oder die Stelle überprüfen? – Das ist **Jürg Wiedemann** nicht ganz klar. Von der Notwendigkeit der Ombudsstelle ist er hundertprozentig überzeugt. Wenn es nur darum geht, die Aufgaben zu überprüfen, sollte nicht nur der letzte Satz gestrichen werden, sondern auch der Auftrag, die Stelle hinsichtlich ihrer «Notwendigkeit» zu

überprüfen. Dem Auftrag hingegen, Optimierungsmöglichkeiten zu evaluieren, könnten auch die Grünen zustimmen.

**Matthias Zoller** belehrt Etienne Morel, das «Ombudsman» nur mit einem *n* geschrieben wird, und rät Jürg Wiedemann, den Antrag genau durchzulesen, damit er weiss, worum es in der Abstimmung geht.

Der Landrat sollte nicht erst jemanden für eine 100%-Stelle wählen und dann drei Monate später nach der Evaluation das Pensum auf 50 % reduzieren – das wäre unfair.

#### Abstimmung

://: Der Landrat beschliesst mit 45:22 Stimmen, die landrätliche Spezialkommission gemäss § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Ombudsman vom 23. Juni 1988 ergänzend zu beauftragen, die Ombudsman-Stelle im Hinblick auf die Notwendigkeit bzw. auf deren Ausstattung zu überprüfen und dem Landrat darüber zu berichten und Antrag zu stellen. Bis zum Entscheid des Landrates ist die Wiederbesetzung der Ombudsman-Stelle auszusetzen.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

\*

#### Persönliche Vorstösse

Nr. 420

2004/049

Motion der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Ergänzung des Dekrets zum Finanzhaushaltsgesetz zur Festlegung von Spezialfinanzierungen

Nr. 421

2004/050

Motion der SP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Standesinitiative zur Entlastung im Agglomerationsverkehr

Nr. 422

2004/051

Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004: Aktive Vertretung der beiden Basel in Bern

Nr. 423

2004/052

Interpellation von Simone Abt vom 19. Februar 2004: Elektrosmog durch das UMTS-Netz im Baselbiet

Nr. 424

2004/053



Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2004:  
Probleme bei Schülern nach Wohnsitzwechsel in unse-  
ren Kanton

Nr. 425

2004/054

Interpellation von Remo Franz vom 19. Februar 2004:  
Wie viel Tunnel braucht der Mensch?

Nr. 426

2004/055

Interpellation von Bruno Steiger vom 19. Februar 2004:  
Grausames tierquälerisches Schächten in unserem  
Kanton

### **Kein Wortbegehren**

Nr. 427

### **Mitteilungen**

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** macht auf die Pro-  
grammpunkte des nachmittäglichen Muba-Besuchs  
aufmerksam – nämlich der Empfang von «Promotion  
Laufental» in der Halle 1 um 14.30 Uhr sowie um 18 Uhr  
der Apéro in der Bar Rouge im 31. Stock des Messeturms  
– und empfiehlt einen Besuch beim Stand «Erlebnis  
Behinderung»; er kündigt des Weiteren eine kurze Sitzung  
der Ratskonferenz an, teilt mit, dass die für die Fragestun-  
de eingegangenen Fragen schriftlich beantwortet werden  
(siehe Beilage), wünscht allen «E Gute» und schliesst die  
Sitzung um 13.20 Uhr.

*Für das Protokoll:*

*Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei*

**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**18. März 2004**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**der Präsident:**

**der Landschreiber:**